

Wahltaktik über Außenpolitik.

Ein gefährliches Spiel der Rechtsregierung.

Die „Deutsche Tageszeitung“, ein Organ der größten Regierungspartei, hat gestern morgen versichert, daß das Ergebnis der Präsidentschaftswahl ein außenpolitisches Ereignis allerersten Ranges sei. Wir stimmen dem zu, ziehen aber die Schlussfolgerung, daß die großen Gruppen, die in der Präsidentschaftswahl mit einander ringen, ihren außenpolitischen Kurs mit der größten Aufrichtigkeit und Klarheit zu bestimmen haben.

Statt dessen bemühen sich seit Sonntag die im Jarres-Block zusammengeschlossenen Parteien, ihren außenpolitischen Kurs zu verschleiern, weil sie keine gemeinsame Linie gefunden haben. An dieser Verschleierung beteiligt sich die Regierung. Die Regierung ist nicht nur verpflichtet, nach innen Klarheit zu schaffen und ihr Gesicht zu wahren, sondern auch nach außen.

Nach innen hat die Regierung ihre außenpolitische Linie verdunkelt. Sie gibt zu verstehen, daß zwischen dem Außenminister Stresemann und den deutschnationalen Einmütigkeit zumindestens für die nächste Zeit besteht. Nicht nur die deutsche Öffentlichkeit, die ganze Welt weiß, daß die deutschnationalen schwere Bedenken gegen die beiden wichtigsten außenpolitischen Aktionen der Regierung haben. Hier besteht ein Widerspruch. Die Regierung ist verpflichtet, ihn zu klären, wenn sie nicht den Erfolg der eingeleiteten außenpolitischen Aktionen gefährden will. Sie muß bekanntgeben, auf welcher sachlichen Grundlage die Einigkeit zwischen dem Außenminister und den deutschnationalen hergestellt worden ist. Sie muß klar und offen sagen, ob sie die begonnenen außenpolitischen Aktionen energisch fortsetzen will oder ob sie dazu übergehen will, sie dilatorisch zu behandeln.

Bei diesen Aktionen handelt es sich um eine klare Kursbestimmung und um offizielle Vorschläge. Trotzdem lassen wir gestern in dem offiziellen Organ der deutschnationalen, der „Nationalpost“, folgende Sätze:

„Da sich die Verhandlungen mit den Westmächten noch im Stadium unverbindlicher Vorbesprechungen befinden, können bindende Entscheidungen der Fraktion noch nicht in Frage kommen.“

Gegen diese Darstellung muß Einspruch erhoben werden. Die Regierung mag erklären, ob in diesem Satz die sachliche Grundlage der behaupteten Einigung wiedergegeben ist. Sollen die eingeleiteten Aktionen, sollen die bestimmten Vorschläge nur als „unverbindliche Vorbesprechungen“ bezeichnet werden? Will etwa die Regierung dem eigenen Volke gegenüber anders reden als gegenüber den ausländischen Kabinetten?

Die eingeleiteten Aktionen lassen ein solches Spiel nicht mehr zu. Die Regierung kann sich nicht von ihren Vorschlägen auf „unverbindliche Vorbesprechungen“ zurückziehen, ohne die eingeleiteten Aktionen zu gefährden, und ohne zugleich in den Augen des Auslandes eine grundsätzliche Wendung ihres außenpolitischen Kurses im Sinne der deutschnationalen Opposition zu vollziehen.

Wen wählt das Ruhrgebiet?

Jarres unten durch. — Zerlegung im kommunistischen Lager

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Die Bekanntgabe der Dokumente aus der Zeit der von Dr. Jarres befürworteten Versäufungspolitik hat im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Bevölkerung hat erst jetzt erkannt, welches Schicksal nach den Vorschlägen des Herrn Jarres für sie bestimmt sein sollte. Sie vermag es nicht zu fassen, daß ein mit gesunder Ueberlegung begabter Mann, der Herr Jarres, die deutsche Nation in größter Not seine schützende Hand von den bedrohten Gebieten zurückziehen und zunächst den Befehlsmächten die Sorge für die Bevölkerung überlassen. Darin wird Treulosigkeit erblickt. Wer so wie Jarres die besetzten Gebiete zunächst schuhlos in die Ge-

walt der Befehlsmächte kommen lassen wollte, um sie nach 10 oder 20 Jahren mit Gewalt wieder zu erobern, habe bewiesen, daß er ungeeignet ist, das höchste Amt in der deutschen Republik einzunehmen. Solche Urteile sind nicht nur in den Versammlungen der Sozialdemokratie, der Demokraten und des Zentrums zu hören, sondern auch in den Reihen des Rechtsblocks sind sie vernehmbar. Darum hat man dort auch nur sehr geringe Hoffnung auf einen Erfolg der Präsidentschaftskandidatur des Herrn Jarres. In den Reihen der schwarzweißroten Rechtsblockfreunde Rheinlands

Grosse Kundgebung

zur Wahl des Reichspräsidenten für den Kandidaten

OTTO BRAUN

heute, Mittwoch, abends 8 Uhr im Sportpalast, Potsdamer Str. 72

Es sprechen die Reichstagsabgeordneten **Aufhäuser, Adolf Hoffmann, Dittmann, Dr. Hilferding** (Reichsminister a. D.), **Stampfer, Sebering** (Preuß. Innenminister), **Otto Wels** (Massenredner, Agitationen).

Parteilosen, sorgt dafür, daß diese Kundgebung zu einer gewaltigen Demonstration wird für unseren Kandidaten

OTTO BRAUN!

und Bestehens ist die Auffassung vertreten, daß dieser unmögliche Kandidat nach dem ersten Wahlgang in die Ecke gestellt werden müßte, um die Situation zu retten. Wir haben gegen diese Beurteilung nichts einzuwenden.

Auf welcher geistigen Höhe die Agitation der Rechtsblockfreunde im Industriegebiet steht, ist aus schwarzweißroten Umhängen zu ersehen, die massenweise mit folgendem Inhalt angeklebt wurden:

Morgenrot, Morgenrot, wählt schwarz-weiß-rot, das macht den Franzmann tot. Wählt am 29. März Dr. Jarres.

Das steht auf der gleichen geistigen Höhe wie die Beweisführung des Freiherrn von Gagl, daß der Name Jarres echt rheinischer Art sei wie die rheinischen Namen „Hannes“ und „Lannes“ (Ableitung von Johann und Anton). Der „Hannes“ und „Lannes“ spielt in den rheinischen Varietés dieselbe Rolle wie in anderen Gegenden Deutschlands der dumme „August“. Dort läßt man sich den „Hannes“ und „Lannes“ auch schon gefallen, aber in der Politik, da möge man uns damit verschonen. Das ist das Urteil aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Die kommunistische Partei des Industriegebiets befindet sich in voller Zerlegung. In der alten Bergarbeiterstadt Wattencheid bei Wessentrichen sprach am Sonntag den 22. März in einer überaus stark besuchten Versammlung Genosse Köppler-Berlin. Zur Diskussion meldete sich der bisherige kommunistische Parteisekretär Kühnhausen-Bessenkruchen, um u. a. folgende Ausführungen zu machen:

„Ich stehe jetzt zwischen SPD. und KPD., also zwischen zwei Parteien. Die eine steht auf dem Boden der Demokratie, die andere auf dem der Diktatur. Zwischen den Parteien wurde bisher und wird weiter ein Kampf der Selbstverteidigung geführt werden. Der Kampf der KPD. war bisher ein einziges Fiasko für das Proletariat, denn es konnte kein Er-

folg errungen werden. Mit weniger Opfern aber vernünftiger Einstellung hätte viel mehr errungen werden können. Die rechten Führer in der KPD. sind gescheitert an dem Reichtumsmaterial, das dieser Partei zur Verfügung steht. Zu erfolgreichen Kämpfen bedarf man nicht nur aufgebotes, sondern auch denkender Arbeitermassen. Ein Wirtschaftsaufbau läßt sich mit aufgegebenen aber nicht denkenden Menschen nicht erzielen. Die Methoden der Diktatur des Proletariats haben Schiffbruch erlitten. Wenn der kommunistische Präsidentschaftskandidat gewählt würde, müßte er dennoch versuchen, nach den ererbten Methoden zu regieren, wenn er nicht als Verräter ge-
kreuzigt werden sollte.“

Welche Mittel des Kampfes verbleiben nun? Ich sage frei und offen im Gegensatz zu meinen bisherigen Bekenntnissen: Der Kampf des Proletariats ist die Republik. Schwarz-Rot-Gold muß jetzt entschieden verteidigt werden als die rote Fahne des Proletariats, denn wer Schwarz-Rot-Gold verteidigt, verteidigt auch das rote Banner. Die Verhältnisse werden das Proletariat zwingen, viel entschiedener für die demokratische Republik zu kämpfen als bisher, wenn es nicht der Reaktion dienen will. Die Kandidatur eines Thälmann ist daher ein Irrsinn. Wer Thälmann wählt, dient der Reaktion genau so wie wenn er Jarres oder Ludendorff wählt. Otto Braun muß gewählt werden. Schwarz-Rot-Gold ist das Banner, unter dem sich die Arbeiter in diesem Kampf zusammenschließen müssen, wenn die Republik bestehen soll. Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse in dieser Stunde ist gleichbedeutend mit der Stimmabgabe für Otto Braun.“

Hatten die wenigen anwesenden Kommunisten gemurrt, als ihrem bisherigen Sekretär das Wort erteilt wurde, so waren sie am Schluß der Ausführungen des Redners verstummt unter der Wucht des Bekenntnisses und der Rhetorik des Redners. Verschiedene Führer, darunter kommunistische Reichstagsabgeordnete, wurden über Charakterisiert. Doch darüber wollen wir schweigen. Rühmchen ist nicht der einzige bisher führende Kopf in der kommunistischen Bewegung des Ruhrgebietes, der diese Partei verlassen hat und nunmehr gegen sie im schärfsten Kampf steht. In daß die KPD. sich dort in voller Zerlegung befindet. Diese Erscheinungen und die Kandidatur des Rechtsblocks berechtigen zu den besten Hoffnungen für den Wahlausgang im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Schwarzweißrote „Ritterlichkeit“.

Nach kommunistischem Muster.

Breslau, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Die „Schlesische Bauernzeitung“, ein kleines bäuerliches Organ, veröffentlichte am Dienstag ein vertrauliches Wahlkampfrundschreiben des Landbundes. Es ist eine Anweisung für Bildung von Landbündlerzellen in neutralen Organisationen, die nach dem Muster der kommunistischen Zellenbauer organisiert sind. Die Zellen sollen aus drei bis fünf sicheren Leuten bestehen und schließen sich dann wiederum zu größeren Gruppen zusammen. Ihre Aufgaben sind u. a. die tunliche Verhinderung gegnerischer Versammlungen, das Abtreiben von Versammlungsräumen, die Vernichtung gegnerischer Aufrufe, Flugblätter und Plakate, die Ausbreitung geeigneter Nachrichten im letzten Augenblick, um die Gegner ihrer Partei zu ent Fremden“, schließlich die Beschaffung und Verteilung von Fahrgelassenheit am Wahltag.

Das vertrauliche Rundschreiben des deutschnationalen Landbundes ist ein neuer Beweis dafür, wie die von Jarres ausgegebene Parole der Ritterlichkeit aufzufassen ist.

Rechtsanwalt Sedel-Frankfurt a. Main teilt uns mit, daß er nicht aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen ist.

Kommunistenverfolgung in Bulgarien. Nach der letzten Änderung des Gesetzes zum Schutze des Staates werden nicht nur die kommunistischen Kandidaten in der Sobranje, sondern auch die bei allen öffentlichen Adressen an nulliert.

In Kegypten will die Regierung das Wahlrecht verschlechtern, um ein „besseres“ Parlament zu bekommen.

Solidarität über alles!

Ein Telefongespräch.

Stresemann: Hallo! Herr Kollege Schiele? Hier Stresemann.

Schiele: Was ist los? Hat Ihnen meine Fraktion schon wieder ein Mißtrauensvotum ausgestellt?

Stresemann: Schon wieder!!!

Schiele: Nein — ich sage ja nur...

Stresemann: Wenn Sie schon fragen, dann ist sicher etwas in der Luft... Wo, heraus mit der Sprache!

Schiele: Aber nein, Herr Kollege, das war ja wirklich nur eine Frage von mir, die Sie mißverstanden haben.

Stresemann: Wertwüdig! Wenn ich mit Leuten rede, da passiert immer irgendein Mißverständnis.

Schiele: Beruhigen Sie sich doch, lieber Kollege, und sagen Sie mir endlich, was Sie von mir wünschen.

Stresemann: Haben Sie die „Deutsche Zeitung“ gelesen?

Schiele: Den Quatsch lese ich grundsätzlich nicht.

Stresemann: Aber das sind doch Ihre Parteigenossen... Bestarp schreibt darin und Freytag-Loringhoven. Sind das denn auch Quatschdäpse?

Schiele: Hören Sie mal, darüber reden wir ein anderes Mal, aber am Telefon kann ich Ihnen auf diese Frage keine Antwort geben.

Stresemann: Sieh mal an! Der Kollege Schiele scheint über seine Fraktionsgenossen ungefähr dieselbe Meinung zu haben, wie ich über die meinigen.

Schiele: Beziehungswelle: Wie die Ihrigen über Sie...

Stresemann: Wie können Sie das behaupten: Sogar der Schopf hat mich doch als den „besten Kopf“ der Volkspartei bezeichnet.

Schiele: Seit wann geben Sie etwas auf das Urteil dieses...

Stresemann: Herr Kollege, ich muß doch sehr bitten! Uebereins sollten Sie doch vorsichtig am Telefon sein.

Schiele: Ja, aber nur wenn ich über meine Leute rede. — Jetzt sagen Sie mir aber endlich, was in der „Deutschen Zeitung“ steht.

Stresemann: Großer Bericht von der Vorstandstagung des Alldeutschen Verbandes.

Schiele: Bah! ...

Stresemann: Dieses „Bah!“ ist am Telefon unvorzüglich von Ihnen. Das sind ja Ihre Leute.

Schiele: Die zählen doch nicht mit: wenn es nach denen gegangen wäre, dann würde ich heute nicht Minister sein.

Stresemann: Dann wäre Ihnen auch vielleicht wohler.

Schiele: Wieso denn! Ich habe mich doch nie so wohl gefühlt wie jetzt: der Fraktionsdiener nennt mich sogar schon „Eggellenz“. Bestarp plagt vor Mut, wenn er das hört.

Stresemann: Dann wird er sich aber freuen, wenn er die „Deutsche Zeitung“ von heute abend liest.

Schiele: Was? Wird etwa meine Erhebung im Kabinett durch ihn gefördert? Sie, Herr Kollege, das bedeutet aber Gesamtrücktritt des Kabinetts. Solidarität über alles, nicht wahr?

Stresemann: Das wollte ich Ihnen gerade vorschlagen. Der Alldeutsche Verband fordert, daß wir vor den Staatsgerichtshof gestellt werden!

Schiele: Wir?? Wie komme ich dazu? Wo steht das?

Stresemann: In der Resolution. Es wird „mit allem Nachdruck die Erhebung der Anklage gegen den Reichsaußenminister vor den verfassungsmäßigen Staatsgerichtshof“ gefordert.

Schiele: Na ja! Was habe ich damit zu tun? Bin ich etwa der Außenminister? Was sagen Sie mir da für einen überflüssigen Scherz ein!

Stresemann: Sie sagten doch selbst: „Solidarität über alles!“

Schiele: Das meinte ich doch bloß für den Fall, daß ich durch Bestarp erjert werden sollte.

Stresemann: Jedenfalls: wenn ich vor den Staatsgerichtshof gehöre, dann gehören wir alle hin! Sie auch! Sie haben doch von meinem Garantieangebot gewußt!

Schiele: Woher denn?

Stresemann: Ich habe es doch in der Kabinettsitzung vorgelesen.

Schiele: Weiß ich nicht. Ich war damals gerade auf die Toilette gegangen.

Stresemann: Aber als Luther am Schutze die Einstimmigkeit konstatierte, da haben Sie doch nicht protestiert.

Schiele: Wie konnte ich gegen etwas protestieren, wovon ich nichts wußte. Ich sagte Ihnen schon, ich war auf der Toilette.

Stresemann: Aber die ganze Presse hat doch davon gesprochen — der „Vorwärts“ hat immer von Garantieangebot Stresemanns und Schieles gesprochen! Sie haben nie dagegen Erteilung genommen.

Schiele: Mit dem roten Paß werde ich mich doch nicht abgeben. Das wäre ja noch schöner, wenn ich als „Eggellenz“ gegen schwarzstädtische Jünglinge polemisieren sollte.

Stresemann: Jedenfalls sind Sie mitverantwortlich...

Schiele: Fällt mir gar nicht ein!

Stresemann: Sie sagten doch selber: Solidarität über alles!

Schiele: Jawohl! Dabei bleibe ich auch: Ich bin mit meiner Fraktion absolut solidarisch. Auf Wiedersehen, Herr Kollege... (hängt an.)

Naviculus.

Vorrede. Dr. Max Daxi spricht über „Denken und Handeln in der bildenden Kunst“ (an den Versen von Albert Dürer, mit Bildnissen) auf Veranlassung des Deutschen Künstlerbundes am Donnerstag im Sozialwissenschaftlichen Klub, Wilhelmstr. 48, abends 8 Uhr. Anschließend Diskussion.

Jarres!

Das ist nun das Ergebnis des Red-Med. Der Bruder von der schwarzweißroten Falschheit, daß grad Herr Jarres — ja, da bleibt die Spure in Als Kandidat des Rechtsblocks kandidieren geht.

Haben wir denn allesamt wieder vergessen Wie dieser Karikatur Mehnid in der Politik. Was wir dank Cuno in dem dicksten Schlamm gefessen. Uns offenbar staatsmännisches Geschick?

Man solle Rhein und Ruhr verlassen lassen — Das Ziel — der Industrie die Taschen voll zu packen. Die Finger weg! Nur mit der Zange anzufassen! Kost ihn verlassen!

Ricodemus Hinfepine.

Das verdeutschte Radio. Die Reichspost eröffnet einen Fackelzug gegen die Funkfremdwörter. Das Amtsblatt der Reichspost verdeutlicht an 150 Ausdrücke aus dem Funkwesen. Man soll demnach sagen: Funkdienst statt Radio, Großfunkstelle statt Radiogroßstation, Luftdraht statt Antenne, Luftführung statt atmosphärische Störung, Funkfreund statt Radiomaneur, Funkspruch, Rundfunk, Funkgeschiffe, Funkgerät, Funkanschrieb sind schon eingebürgert.

Der kleinste Elefant der Welt. Ein Zwergelfelefant, der nur wenig mehr als 100 Zentimeter hoch ist, ist (soeben im Londoner Zoologischen Garten eingetroffen. Schon früher einmal war dort ein Exemplar ähnlicher Art zu sehen; das seltsame Stück wurde aber kurz nach seiner Einlieferung nach Amerika entführt. Der neue Zwergelfelefant, dessen Fell sich der Londoner Zoo jetzt rühmen kann, ist jedoch noch kleiner. Ja, er ist überhaupt der kleinste Elefant, dessen man je habhaft geworden ist. Ueber die merkwürdige Zwergelfelefant, zu der er gehört, wissen wir nicht viel, gewiß ist nur das eine, daß es sich nicht etwa um entartete Tiere handelt, sondern um eine eigene Gattung, die selbst in ausgewachsenem Zustand über zwei Meter Größe nicht hinauskommt. Ihre Heimat ist jener Teil des Kongo, der den kleinen Lebewesen reserviert zu sein scheint. Denn man findet hier neben zwerghaften Flusspferden und Zwergbüffeln auch Zwergaffen von Regern.

Das Theater des Westens ist von seinen Vätern, der Rottterbirektion vom 1. August ab weiterverpachtet an den Direktor Karl Richter, der bisher die Hamburger Volkstheater leitete. Er wird Operette und leichte Operetten pflegen.

Eine Studienkündigung. Die „Wirtschaftsblille der deutschen Studentenenschaft“ hat Mittel bereitgestellt, um 200 bis 300 menschen- und wissenschaftlich besonders wertvollen Abiturienten Deutschlands das Studium zu ermöglichen. Es können nur solche Abiturienten aller Stände berücksichtigt werden, die für das Studium ganz besonders geeignet erscheinen. Die Gesuche müssen durch die Schulen eingeleitet werden.

Verhöhnung. Die Verhandlungen über den Austausch geistiger Güter, über die in Nr. 139 des „Vorwärts“ berichtet wurde, fanden nicht am 4., sondern am 18. März statt.

Römische in Ungarn. Im Verlaufe der Ausgrabungen in der Nähe von Öskany bei Komorn wurden sechs Grabkammern aus der Römerzeit zutage gefördert. Die Funde stammen aus dem zweiten Jahrhundert nach Christus. Sie sind unerschöpflich.

Achtzehn in einer Stube.

Auf der Tagung der freien Gewerkschaften, bei der man über Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft debattierte, hat einer der Redner mitgeteilt, daß in Neutölln in einer Stube achtzehn Menschen haufen... Die Rechte, die die Mietselbstverwalter über die Friedenshöhe bringen und die Wohnungszwangswirtschaft befehlen wollen, haben sicher kaum Kenntnis von dieser Tatsache.

Achtzehn Menschen in einer Stube! Man weiß zwar nicht, wie groß diese Stube ist, aber man weiß, daß gerade in Neutölln und in anderen Stadtteilen, in denen Proletarier wohnen müssen, die Stuben niemals sehr groß und geräumig zu sein pflegen. Man kann sich denken, wie es in so einer Stube aussieht, in der achtzehn Menschen leben und atmen. In Berlin ist jetzt eine Gesundheitswoche mit Vorträgen über Hygiene und gesundheitsfördernder Lebensweise. Müßten die Achtzehn, die tagaus, tagein und alle Nacht in dieser einen Stube eingepfercht sind, das alles nicht wie einen Hohn und eine grausame Satire auffassen! Die Teilnehmer an dieser Gesundheitswoche sollten einmal die Stube besuchen und besichtigen, in der achtzehn Menschen haufen, kochen und schlafen. Man stelle sich nur vor, welche Luft in diesem Raum herrscht, wenn diese achtzehn Menschen am Morgen ihre Lagerstätten verlassen. Für die Kinder aber, die hier leben und in dieser Luft groß werden müssen, bedeutet diese Wohnung ein Mord. Man hat wohl bemerkt, daß unter solchen Verhältnissen (es wird selbstverständlich nicht nur in Neutölln solche ideale Wohnungen geben) Leute dafür eintreten, daß die Zwangswirtschaft der Wohnungen beseitigt werde.

Der liebe Hauskassch.

Wegen Verleitung zum Meivid ins Zuchthaus.

„Sie spielen mit den Rechtsgütern Ihrer Mitmenschen, welche Sie zu achten verpflichtet sind“ — so jagte Landgerichtsdirektor Behmann zu der 24jährigen Schneiderin Erna F., die vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte unter der Anklage der versuchten Verleitung zum Meivid stand. Es spricht auch von einer niedrigen und gemeinen Bestimmung,“ fuhr er fort, „wenn Sie in einem aus einem Hauskassch hervorgegangenen Zivilprozeß bewußt versuchen, die Wahrheit zu verschleiern, indem Sie eine Zeugin zu überreden versuchen, im Interesse einer Partei unter Eid die Unwahrheit zu sagen.“ In ihrer Wohnung übergab die Angeklagte damals der Zeugin einen Zettel, auf dem sie ihr eine Aussage niedergelegt hatte, die sie machen sollte. Diese ließ sich jedoch auf diesen Rat nicht ein, sondern übergab den Zettel vielmehr der Gegenpartei, die ihn dem Staatsanwalt zugänglich machte. In der Verhandlung stellte sie heraus, daß die Angeklagte sogar eine Wohnungszusage angefertigt hatte, damit die ihr bekannte Zeugin bei Angaben über gar nicht gemachte Beobachtungen nicht in Schwierigkeiten durch Mangel an Ortsterminissen käme. Tatsächlich hatte die Zeugin die Wohnung, in der die Schimpfworte der Hausbewohner den genannten Zivilprozeß verursachten, gar nicht gesehen. Daher war die Anfertigung der Wohnungszusage und die Übergabe an die Zeugin ein erschütternder Beweis für die Schuld der Angeklagten. Bei der Urteilsabmessung kam nur als strafmildernd in Frage, daß die Angeklagte bisher unbefragt war, dagegen wirkte es strafverschärfend, daß sie mit großer Hartnäckigkeit sich der Aufklärung ihres Deliktes widersetzt. Sie hatte sogar gegen eine Frau W., ihre schwerste Belastungszeugin, Strafanzeige wegen Verleumdung erstattet und ferner Beschwerde gegen den Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft eingelegt. Die Angeklagte nahm unter Tränen das Urteil entgegen, das wegen erfolgloser versuchter Verleitung zum Meivid auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus und dreifährigen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannte.

Berufung im Nowaweser Kommunistenprozeß. Der erste Staatsanwalt Gerlach in Potsdam hat gegen das Urteil

gegen die dreizehn Nowaweser Kommunisten, die wegen Landfriedensbruch angeklagt waren und von denen elf freigesprochen und nur zwei wegen Mordung verurteilt wurden, Berufung eingelegt. Der Prozeß wird jetzt die große Strafkammer in Potsdam beschäftigen.

Aufhebung einer Geheimbrennerei.

Die Spritfabrik im „Schützenhaus“.

Eine Geheimbrennerei wurde von Beamten des Berliner Zollgrenzkommissariats für Berlin und die Provinz Brandenburg in Zöllnisch in Sachen ausgehoben. Dem Kommandant kam zu Ohren, daß in diesem etwa 2 Stunden von Chemnitz entfernten Ort im „Schützenhaus“ eine Geheimbrennerei betrieben wurde.

Beamte des Kommissariats fuhren am vergangenen Sonntag von Berlin nach Zöllnisch hinaus. Während die Kirchenglocken läuteten und der Kirchgang begann, machten sie einen überraschenden Besuch und deden in Nebenräumen des Tanzsaales, besonders aber unter diesem einen recht ansehnlichen Betrieb auf. Im Saal selbst war nicht viel Auffälliges. Die Paare, die dort jeden Sonntag im Tanze sich drehten, ahnten nicht, daß neben und unter ihnen fleißig gearbeitet wurde. Die Brennerei enthielt 2 moderne Apparate mit allem Zubehör. Die beiden Kessel sahen je 600 Liter. Wie die Feststellungen ergaben, bestand der Betrieb schon seit Mitte des Jahres 1923. Die Zentrheizung des Saales wurde zugleich für die beiden Spritapparate benützt. Der Wirt des Schützenhauses war Mitinhaber der Brennerei. Er betrieb nebenher auch eine Metzgerei. Er behauptet, daß er nur für diese eigene Fabrik und nicht auch zum Verkauf gebraunt habe. Ob das zutrifft, ist jedoch sehr zweifelhaft und noch Gegenstand weiterer Untersuchung. Der Wirt und mehrere andere Beteiligte wurden verhaftet.

Welsche und Gebete.

Der Heilmagnetiseur Hans Schermerhölzl war vom Schöffengericht Tempelhof wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er durch seine merkwürdige Behandlungsmethode den Tod einer krebstranken Frau verursacht hatte. Eine Frau, die an Brustkrebs litt, hatte auf Anraten von Nachbarin sich zu Schermerhölzls begeben, der ihr verordnete, Butter und weißen Käse auf die Wunde zu legen. Die übrige Behandlung sollte nur darin bestehen, daß sich die Kranke morgens und abends den Körper mit den Händen von oben nach unten abtrottelte und dabei Gebete murmelte. Als der Zustand sich immer mehr verschlechterte, gab eine Schwester der Patientin zu dem Magnetiseur und wollte ihm eine Fülle stellen, um die Schwester von der Sinnlosigkeit der Methode zu überzeugen. Schermerhölzl fiel auch darauf hinein. Er stellte die „Augendiagnose“ und noch dieser kam er zu dem Ergebnis, daß die angehende Kranke einen Knoten im Gehirn habe. Er blies ihr in die Nase und verordnete ihr auch fleißiges Beten und Abstreichen des Körpers. Inzwischen war der Zustand der Kranken so schlecht geworden, daß man sie in eine Klinik schaffen wollte. Der Leiter dieser Klinik lehnte jedoch eine Operation ab, weil der Fall hoffnungslos war. Die Kranke ist auch wenige Tage später gestorben. Gegen das Urteil hatte Schermerhölzl Berufung eingelegt und wollte wissenschaftlich begründen, daß die von ihm verfolgte operationslose Behandlung des Karzinoms auch von einer Reihe medizinischer Autoritäten vertreten werde. Seine Welschebehandlung sei nichts anderes als die Albumin-Protein-Therapie. Den von den Rechtsanwältinnen Dr. Frey und Kammerer gestellten Anträgen auf Abgabe einer Reihe von Redizipern konnte sich das Gericht nicht verschließen und es wurde daher die Verhandlung verlagert.

Milde Richter.

In unserem Vortreibblatt, der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M., finden wir den Bericht über eine Gerichtsverhandlung, die wegen ihrer Verhältnisse allgemein Aufsehen erregen dürfte und in Berlin besonders interessieren wird, weil der Angeklagte ein Pensionär der Friedrichs-Universität in Charlottenburg war. Er hatte in Frankfurt a. M., wo er seinen aus Amerika kommenden Sohn erwartete, in einer Gastwirtschaft geäußert: „In der Re-

gierunglichen Lumpen und Gelindel. Eber! Ist ein Lump, und der Wirt ist ein hergelassener Sadener.“ Das Gericht verurteilt den famosen Staatsbürger wegen Vergehens gegen das Republikenschutzgesetz zu — einem Monat Gefängnis. Aber die Sache kommt noch besser. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und entschied, daß J. hinsichtlich der Äußerung über Wirt freigesprochen sei, weil Wirt damals, als die Äußerung gefallen war, nicht mehr Mitglied der Regierung war. In der neuen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M., die dieser Tage stattfand, wurden ärztliche Gutachten vorgebracht, daß J. der Paragraf 51 zuzubilligen sei, weil er an Verfallung der Gehirnschale leide. Das Gericht sprach den Angeklagten, gegen den seiner Zeit der Reichspräsident Strafantrag gestellt hatte, tatsächlich frei. Wenn früher jemand derartige Äußerungen über das Staatsoberhaupt getan hätte, wäre er trotz der verfallenen Gehirnschale wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden.

Unser Wahlsim.

Wo er gezeitigt wird.

Für die Reichspräsidentenwahl hat unsere Ost-Berliner Parteiorganisation einen gut zusammengestellten Propagandasim herausgebracht. Der Sim selbst zeigt interessante Ausschnitte aus dem Leben und aus der Tätigkeit des ersten Reichspräsidenten der deutschen Republik. Die Rechte und Befugnisse des Präsidenten werden trefflich erläutert. Der Sim zeigt ferner das Leidenbegännis Eberts, u. a. die Ueberführung zum Potsdamer Bahnhof und die reich mit Flaggen geschmückte Straße in Heidelberg, in der Ebert ein als Sohn eines armen Schneidemeisters das Licht der Welt erblickte. Von der Trauertagung des Reichsorgans anlässlich des Todes Eberts werden die wichtigsten Sätze mitgeteilt. Auch die Kundgebung des amerikanischen Präsidenten Coolidges wird erwähnt. Hierbei leuchtet ein Bild des Kapitols in Washington auf. In der Luft kreuzt die „Los Angeles“, der frühere J. K. J. Sehr eindrucksvoll ist diese Szene: auf der Leinwand erscheint der Beschluß des Reichstags vom 14. Dezember 1922, der besagt, daß die Amtszeit des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden ist. Jedoch... Und nun zeigt das nächste Bild, wie die Standard des Reichspräsidenten auf dem Dach des Palais in der Wilhelmstraße auf halbmond geogen wird. Ebert konnte die Amtsperiode nicht mehr beenden... Dann folgen Bilder unseres Kandidaten Otto Braun. Einige kurze Daten erläutern seinen Lebenslauf. Wichtig wirkende Aufnahmen vom Reichsbannertag in Magdeburg vollenden den Sim, der unter der Leitung des Regisseurs Richard Löwenstein zusammengestellt ist. Den Beschluß macht eine stattliche Darstellung des Wahls der Sozialdemokratie, deren Fahne ein Arbeiter mit der Aufschrift Otto Braun zu wählen, wehen läßt.

Die Vorstellungen beginnen heute abend ab 7 1/2 Uhr auf folgenden Plätzen: im Westen: Wittenbergplatz, im Osten: Anteaoplag, im Norden: Weddingplatz, im Süden: Belle-Alliance-Platz und in Neutölln: Richardplatz.

Ein Opfer der Spekulationstaut.

Amstumerhölzung, Diebstahl und Raub wurde dem Stadtassistenten Bruno Sellmann zur Last gelegt, der gestern dem Großen Schöffengericht Mitte zur Aburteilung vorgeführt wurde. Der Angeklagte war geständig und stellte sich als ein vom Schicksal ganz besonders schwer verfolgter Bescholger hin. Er versuchte, von seinen Schulden loszukommen, verpulverte aber alles Geld in Rennweiten. Als er nun am letzten war, kam er auf die verzweifelte Idee, einen Raubüberfall zu machen. Er wartete einem jungen Mädchen von der Kasse der Nationalbank auf, folgte ihr in ein Haus in der Kommandantenstraße, drückte ihr einen Schwamm mit Salmiakgeist ins Gesicht und entließ ihr die Ruppe, mit der er davonrannte. Durch die Hilfrufe der Ueberfallenen wurde er aber auf der Straße ergriffen. In der Aktentafel befanden sich 800 Mark. In einem weiteren Falle hat der Angeklagte 100 Mark bei einem Weinhändler erbeutet, wo er in einem unbedachten Augenblick einen Griff in die Kasse getan hat. Das Gericht folgte den Darlegungen des Verteidigers und billigte dem Angeklagten mit Rücksicht auf seine Neuse mildere Umstände zu. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 10 Monate Gefängnis.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

„Weshalb will er nicht? Will er denn nicht, daß alle Menschen glücklich sind?“ „Anschließend war dies Gottes Wille, doch gab es allerlei Schwierigkeiten. Männer und Frauen waren schlecht — waren schon schlecht geboren, das ist eben das Unglück.“ „Weshalb wurden wir schlecht geboren?“ beharrte das Kind. „Hat uns nicht Gott geschaffen?“ „Freilich; Gott hat alles geschaffen.“ „Weshalb schuf er uns nicht gut?“ Die Tante erklärte, daß uns Gott ursprünglich gut geschaffen habe; Adam und Eva waren anfangs gut. Wären sie gut geblieben, hätten sie nicht den verbotenen Apfel gegessen, derart gegen Gott Ungehörig bezeugend, so wären auch heutzutage alle Menschen gut und glücklich. „Adam war der erste Mensch, nicht wahr?“ erkundigte sich das Kind. „Ja, Gott schuf ihn aus Erde und sah, daß er gut war.“ „Wie lange ist das her?“ Die Tante wußte nicht den genauen Zeitpunkt. Es sei schon sehr lange her. „Hundert Jahre?“ „Nach länger. Tausende und aber Tausende von Jahren.“ „Weshalb sagte Adam nicht, daß es ihm leid tue und weshalb verzicht ihm Gott nicht?“ „Es war zu spät,“ erklärte die Tante. „Er hatte es schon getan.“ „Weshalb aß er den Apfel, wenn er ein guter Mensch war, und Gott es ihm verboten hatte?“ Sie erklärte, der Teufel habe Adam, oder vielmehr Eva, verführt. Eigentlich war es für die unglückseligen Nachkommen belanglos, wer die Schuld trug. „Aber weshalb gestattete Gott dem Teufel, ihn oder sie zu verführen? Kann denn Gott nicht alles tun? Weshalb tötete er den Teufel nicht?“ Frau Rewt blinnte verwirrt auf ihr Strichzeug. Während sie mit Anthony John plauderte, hatte sie vergessen, die Mädchen zu zählen. Außerdem sei es für Anthony John an der Zeit, heimzugehen. Seine Mutter würde sich sonst um ihn sorgen. Obgleich die Tante nur ungern Besuche machte, erschien sie etliche Tage später bei Anthony Johns Mutter. Zufällig hatte sich auch Frau Plumberry zu einer Tasse Tee eingeladen. Die Tante meinte, Anthony solle dem Vater in der Werkstatt helfen gehen. Am Abend eröffnete ihm die Mutter,

sie und der Vater hätten beschlossen, ihm Gelegenheit zu geben, alles über Gott, die Sünde und die unsterbliche Seele des Menschen zu lernen. Sie sagte es zwar nicht mit diesen Worten, aber der Sinn war der gleiche. Am folgenden Sonntag sollte er in die Dissidentenkirche gehen; dort gab es freundliche Damen und Herren, die sich auf allerlei Dinge verstanden, besser noch als die Tante. Sie würden seine Fragen beantworten und ihm alles klar machen. Die Lehrer der Sonntagschule waren sehr freundlich zu Anthony John. Die Tante hatte sie auf ihn vorbereitet, und sie hielten ihn als gutes Material freudig willkommen. Besonders ein junger Mann mit einem Kesthemtgesicht und langem schwarzen Haar, das er mit der Hand zu kämmen pflegte, war äußerst gütig, sowie ein unschönes junges Mädchen mit guten Augen, das ihn plötzlich, während ein Choral gesungen wurde, in die Arme nahm und küßte. Aber auch diese Menschen vermochten ihm nicht zu helfen. Sie versicherten ihm, Gott liebe uns und wolle, daß wir alle gut und glücklich seien. Aber sie erklärten nicht, weshalb Gott den Teufel übersehen habe. Er hatte zu Adam nie ein Wort über den Teufel gesprochen, ihn nicht einmal vor ihm gewarnt. Es schien Anthony John, als ob der Teufel Gott ebenso überrumpelt hätte, wie Adam und Eva. Es dachte Anthony John ungerecht, daß Adam und Eva alle Folgen der unoorhergesehenen Katastrophe tragen mußten, und noch weiter ungerecht, daß er selbst, Anthony John, der Tausende von Jahren später zur Welt gekommen war, und, soweit er wußte, mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun hatte, gleichsam als Mitschuldiger betrachtet wurde. Freilich vermochte er es nicht, diesen Gedanken Ausdruck zu verleihen, empfand klafsch leisen Jörn über die Ungerechtigkeit. Als ihn die Mutter auf seinen ersten Bolengang sandte, warnte sie ihn vor bösen Buben, die ihm das Geld fortnehmen könnten; deshalb hatte er auch damals sorgsam Umschau gehalten, und als er zwei Knaben erblühte, die möglicherweise böse sein konnten, war er direkt hinter einem Bollwerk einhergegangen. Ihm schien, daß Adam auch nicht die geringste Chance gewährt worden sei. Später berichteten sie ihm, Gott habe mit uns Mitleid empfunden und alles wieder gut gemacht, indem er seinen Sohn für uns sterben ließ. Es war eine wunderliche Geschichte, die Jesu, des Gottessohnes. Anthony John fragte sich, wer wußte zuerst auf den Gedanken gekommen sei, und meinte, es müßte dem kleinen Jesus eingefallen sein, und dieser habe dann dem Vater den Vorschlag gemacht. Irgendwie war Anthony John zumute, als hätte er auch so gehandelt. Dem Himmel auf die armen Menschen niederblickend, mit dem Bewußtsein, daß sie alle in die Hölle kommen müssen, würde er mit ihnen großes Mitleid

empfinden haben. Je mehr er aber über die Angelegenheit nachdachte, desto weniger begriff er, weshalb Gott den Satan nicht auf der Stelle getötet hatte. Er hätte doch wissen müssen, daß der Teufel löse Streiche spielen würde. Zuerst ermunterten die Lehrer seine Mißbegierde. Später jedoch änderte sich ihr Verhalten. Sie sagten, er werde diese Dinge besser verstehen, wenn er erwachsen sei. Inzwischen sollte er nicht nachdenken, sondern zuhören und glauben. Herr Strong'nih'arm war krank; es war sein gewöhnliches Pech. Seit Wochen hatte er müßig in der Werkstatt, versuchte das Schicksal, weil es ihm keine Arbeit fandte. Und das Schicksal, dieser unverbesserliche Bösewicht, hatte vor zehn Tagen an seine Tür geklopft, mit einer Bestellung, die der Familie für einen Monat den Unterhalt gesichert hätte. Eine Woche später erkrankte er an einer Brustfellentzündung. Die Leute sagten ihm, er würde bald gesund sein, wenn er sich ruhig verhalte, nicht tobe, nicht die Arme hochwerfe und die Decken von sich schludere. Aber was für einen Sinn hatte dieses Gerede? Was soll aus ihnen werden? Die Bestellung, gut ausgeführt und rechtzeitig abgeliefert, hätte weitere Bestimmungen nach sich gezogen, ihn wieder auf die Füße gestellt. Jetzt wird er sie verlieren, sie wird anderswo zu Ende geführt. Frau Strong'nih'arm machte Pilgerfahrten nach dem großen Haus, fehrte mit Weintrauben zurück. Frau Rewt kam mit einem Korb; sie und ihr Mann hätten gern mehr geholfen, aber die Zeiten waren schlecht. Sogar den Gläubigen ging es nicht gut. Frau Rewt sprach von Ergebung. Es war am vierten Morgen nach Herrn Strong'nih'arms Erkrankung. Anthony, in den Ueberrod des Vaters gehüllt, schlief bei Morgengrauen in die Küche, um das Feuer zu entzünden; die Mutter war im Schlafzimmer beschäftigt. Kleine Flammen schossen auf, warfen phantastische Schatten auf die geschnittenen Wände. Als sich der Knabe umblühte, sah er einen fetten Gnom mit einem winzigen Kopf. Anthony John bewegte die Arme, und der Gnom antwortete mit ungeheuerlichen Gebärden des Entzückens. Vom Herd her tönte ein fröhlicher prasselnder Ton; genau wie das Hachen einer alten Heze. Der Knabe, den langen Ueberrod hochhaltend, begann zu tanzen, und auch der Gnom schwang wie toll die Beine. Plötzlich öffnete sich die Tür, und eine seltsame Gestalt erschien auf der Schwelle. Ein kleiner trumbeiniger Mann mit großem Bart. Er trug eine spitze Mütze, und über der Schulter an einem Stock ein Bündel. Zweifellos ist das der König der Gnomen. Er warf das Bündel ab und streckte die Hände aus. (Fortsetzung folgt.)

Sür Otto Braun!

Unsere Wähler-Verfassungen.

Am fast bis auf den letzten Platz gefüllten „Bürgeraal“ des Friedemann-Rathhauses sprach in einer öffentlichen Wahlversammlung des Bezirks Schöneberg-Friedenau Genosse Stämpfer. Nach geschichtlichen Erinnerungen an die wilhelminische Ära, in der Friedemann in hartem Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und gegen den Absolutismus der kaiserlichen Zeit aufgewachsen sei, kam der Redner auf die Bedeutung der bevorstehenden Präsidentschaftswahl zu sprechen. Die Jarres-Kandidatur ist an sich ein unglaubliches Wahrheits. Es ist die Kandidatur eines politischen Dilettanten, dem auch ein Mindestmaß politischer Fähigkeit abgeht. Herr Jarres würde, wenn er, wovon der Himmel unser Volk bewahren möge, das Amt des Reichspräsidenten antritt, würde, keine böse Absicht mitbringen; er wird überhaupt keine Absichten mitbringen. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem Genosse Stämpfer den künftigen Versuch Jarres' sich von der von ihm propagierten Verfassungskonzeption loszulösen, als nutzloses Zeugnis bezeichnet hatte, unterzog er die Zwischigkeiten im reaktionären Lager einer näheren Prüfung. Deutschland sollte seinen Kampf gegen die imperialistische Politik vor den Staatsgerichtshof bringen. Die monarchistische Politik ist immer eine Kasperlekomödie gewesen. Die Stimme des arbeitenden Volkes am kommenden Sonntag gehört Otto Braun, dem Kandidaten der Arbeiterklasse. (Beifall.) Nach einigen anfeuernden Worten des Vorsitzenden wurde die gut verkaufte Wahlversammlung geschlossen.

Widershof.

Die Wahlversammlung in Widershof war glänzend besucht. Genosse Adolf Hoffmann sprach in seiner bekannten wirkungsvollen Art. Es genügt nicht bloß, so schön er, den Stimmzettel am Sonntag abzugeben, jeder einzelne muß Pionier der sozialistischen Idee werden. Der Weg zum Aufstieg der Nation ist freizumachen. Nicht mit Gewaltmitteln, sondern durch geistigen Kampf. Am 29. März gilt es, die Krossprobe hierfür abzulegen. Der sozialdemokratische Kandidat hat gezeigt, was er leisten kann, so daß es sich erübrigt, ihn zu empfehlen. Verleumdung und Lüge dürfen in diesen Tagen nicht irreführen. Ein Volk, eine Welt und eine Religion, die Menschenliebe heißt. — Tolender Beifall dankte dem Redner und bewies die Uebereinstimmung mit seinen Ausführungen.

Lichtenberg.

In einer sehr gut besuchten, zum Schluß stark überfüllten Wahlversammlung sprach in Lichtenberg Genosse Otto Meier, M. d. L. Er zeigte unter dem Beifall der Versammelten den Unterschied zwischen der früheren Monarchie und der jetzigen Republik auf. Die Sozialdemokratie gibt zu, daß die jetzige Staatsform noch verbesserungsfähig ist, trotzdem ist die Republik die Plattform zum Kampf für das Wohl des Volkes. Jarres ist und bleibt der Flagghalter der Monarchie. Jeder Republikaner kann deshalb nur dem Sozialdemokraten Otto Braun am Sonntag seine Stimme geben. Trotz mehrmaliger Aufforderung des Versammlungsleiters meldete sich kein Gegner zum Wort. Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie fand diese Wahlversammlung ihr Ende.

Prenzlauer Berg.

Die Genossen des 26. und 28. Bezirks (Prenzlauer Berg) hielten eine Wahlversammlung in Büchners Festhallen in der Schwedter Straße ab. Landtagspräsident Genosse Bartels legte noch einmal die Wichtigkeit gerade dieser Wahl dar, die über das Schicksal der Republik oder Monarchie entscheide. Um so bedauerlicher sei die Aufstellung einer eigenen Kandidatur der Kommunisten, die damit nur der Reaktion Vorschub leisten. Für die arbeitende Klasse gebe es nur eine Wahl, nämlich die von Otto Braun. In der nachfolgenden Diskussion traten Kommunisten und Sozialdemokraten auf, deren Argumente dadurch, daß sie immer wiederholt werden, nicht besser werden. Sie wurden in gebührender Weise vom Genossen Bartels abgelehrt. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und mit einem Appell an die Wähler, am 29. März ihren Dienst zu tun, schloß die gut verkaufte Wahlversammlung.

Verädigung der städtischen Kohlenverteilung an Kinderheimstätten. Die für den Winter 1924/25 durchgeführte städtische Kohlenverteilung an Kinderheimstätten wird mit dem 31. März 1925 abgeschlossen. Gutscheine, die bis dahin nicht verwendet worden sind, können nach diesem Tage durch die Kohlenhändler usw. nicht mehr befreit werden, verlieren also mit dem Ablauf des 31. März 1925 ihre Gültigkeit. Alle sich im Besitz von städtischen Kohlengutscheinen befindenden Personen, die nicht auf die Kohlen verzichten wollen, müssen somit spätestens am 31. März 1925 die betreffenden Kohlenmengen bei einem Kohlenhändler oder der Berliner Brennstoffgesellschaft abgeben.

Billige Fischlaxe! Vom Mittwoch, den 25. bis Freitag, den 27. März finden drei billige Fischtage statt. Es kommen zum Verkauf frischer ansponnener Döse-Torche und frische Ostseefische, pro Pfund 25 Pfennig. Bei Entnahme von 3 Pfund 45 Pfennig. Die Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht und befinden sich in den Ladenzeilen, in den Markthallen und auf den Wochenmärkten.

Der Tod einer Frau, die am Montag früh um 6 1/2 Uhr vor dem Hause Invalidenstraße 36/37 auf der Straße bemüht aufgefunden wurde und zunächst unbekannt war, bedarf der Aufklärung. Sie blutete aus Mund und Nase, das rechte Auge war blau unterlaufen. Die Frau starb in der Chorist nach ärztlichem Gutachten an Gehirnerschütterung und Gehirnblutung. Sie ist jetzt festgesetzt worden als die 47 Jahre alte Frau Klara John, die aus Breslau stammte und am Gartenplatz 2 wohnte. Es ist noch nicht festgestellt, was mit ihr geschehen ist. Sie ist vielleicht überfahren, vielleicht aber auch niedergeschlagen worden. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt der 3. Kriminalbezirk beim Polizeiamt Mitte entgegen.

Sprechstunde für proletarische Feiertage Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Redungsstunde im Gesangslokal der Sophienkirche, Beismesserstr. 16/17. Abrechnung vom Winterfest bis Donnerstag. Nicht zurückgegebene Karten gelten als verfallen.

Öffentl. Wähler-Verfassungen

heute, Mittwoch, den 25. März, abends 7 1/2 Uhr:

Wilmsdorf: Viktoriagarten, Wilhelmstraße 114.
Rudow: Lokal Weber.
Marienfelde: Hasehoff, Berliner Straße.
Biankenburg: Klug, Dorfstraße.
Reinickendorf-West: Scharnweberstraße 104, Hartmanns Brauerei.
Hermsdorf-Frohnau: Lindengarten, Hermsdorf, Berliner Str.
Redner: Falkenberg, Haß, Dr. Klee, Kaufner, Meier, Rietisch, Schiff.

Donnerstag, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr:

Tiergarten: Arminiusshafen, Bremer Straße 73.
Prenzlauer Berg, 24. und 25. Abteilung: Aula Oberrealschule Rastauerstraße 45.
Friedrichshain, 35. Abteilung: Schulaula Rigaer Straße 82.
Charlottenburg: Spandauer Bod.
Schöneberg-Friedenau: Heimholz-Gymnasium, Rubensstraße.
Steglitz: Gymnasium Heefestraße.
Lichtenrade: Stiebler, am Dorfsteich.
Neukölln: Schultheiß, Hasenheide 22.
Treptow: Nischke, Am Treptower Park 26.
Oberschöneweide: Mörmers Blumenpark, Ostendstraße.
Friedrichshagen: Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 136.
Buch: Göpferl, am Bahnhof.
Buchholz: Kossak, Hauptstraße 71.
Rosenhal: Schneider, Hauptstraße 3.
Redner: Aufhäuser, Pressel, Dr. Freund, Ad. Hoffmann, Hirsch, Haß, Marie Juchacz, Dr. Löwenstein, Sempert, Seid, Lütke, Ruben, Stein, Karl Schneider.

Lagesordnung in allen Versammlungen:
Wer soll des Reiches Führer sein? Otto Braun oder Jarres?

Schwarzrotgoldene Fahnen sind, wie uns vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mitgeteilt wird, auch beim Warenverkehr des Reichsbanners, Sebastianstr. 37/38, erhältlich. Die Verkaufsstelle ist heute ununterbrochen bis 7 Uhr abends geöffnet. So auch am Freitag, Donnerstag und Sonnabend geht die Geschäftszeit bis 5 Uhr.

Zum 70. Geburtstag des früheren Oberbürgermeisters Wermuth haben die städtischen Behörden unter Leitung eines Blumenkränzes an den Jubilär ein vom Oberbürgermeister Dr. Vöhl und Stadtordnungsreferendar Haß unterzeichnetes Schreiben gerichtet, in dem sie ihre Glückwünsche aussprechen.

Kriegsopfer-Gedenkung am Freitag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr, in den Festhallen des Oden*. Amstuter Allee 48. Für eine bessere Rentenversorgung! Für die Ausgestaltung der bestehenden Fürsorge! Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegsernterbliebenen

Eisenbahnkatastrophen in aller Welt.

Melbourne, 24. März. (M.B.) Ein elektrischer Eisenbahnschnellzug stieß bei einem Straßenübergang in der Nähe der Station Highett mit einem Automobil zusammen. Der Wagen wurde zertrümmert, und seine acht Insassen, die sich zu einer Tanzfestlichkeit begeben wollten, wurden getötet.

Mailand, 24. März. (E.B.) Ueber einen Güterzug ist ein Teil des Tunnels von Trovati auf der Strecke Genoa-Benimiglio eingestürzt. Das Zugpersonal wurde nur leicht verletzt. Der Verkehr muß jedoch durch Umsteigen aufrecht erhalten werden.

Sikout (Natal), 24. März. (M.B.) Auf der Fahrt von Kapstadt nach Natal stürzte ein Schnellzug infolge Einfalles einer Brücke in einen Fluß. Der Zugführer, der Heizer und mehrere Eingeborene wurden getötet.

Krakau, 24. März. (M.B.) Der Schnellzug Krakau-Borschau, der gestern nachmittag Krakau verlassen hat, ist bei der Station Kozulski um 8 Uhr abends verunglückt. Drei Waggons sind zerstört, sieben Personen wurden getötet, mehrere verletzt. Die Ursache des Eisenbahnunfalls ist noch nicht bekannt.

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 25. März.
 Außer dem üblichen Tagesprogramm:
 8.30 Uhr nachm.: Die Funkprinzessin erzählt: Russische Volksmärchen. 1. Oletschka. 2. Der Vater und der Däumling. (Nach Volksmotiven erzählt aus der Sammlung von Friedrich v. d. Leyden). Die Funkprinzessin: Adele Proesler. 4.30—6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). 6.40 Uhr abends: Dr. Paul Hirsch-Mamroth: „Fettsucht und Entfettungskuren“. 2. Vortrag: „Entfettungskuren“. 7.10—8.20 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). 7.10 Uhr abends: Handel-Privathandelslehrer Hans Fischer: „Grundzüge des Wechselwesens“. 8. Vortrag: „Diskontgeschäft und Wechselkurs“. Der Eigenwechsel“. 8 Uhr abends: Literatur und Kunst. Dr. Richard H. Stein: „Spanische Musik“. 4. Vortrag: „Spanische Kamtmusik“. 8.30 Uhr abends: I. Nordischer Abend. Dirigent: Dr. W. Buschhöcker. 1. Nordische Suite op. 22. Agnar Hamerik. a) Volkslied. b) Springtanz. c) Brautmarsch. 2. Klavierkonzert A-Moll op. 16. Advard Grieg. allegro moderato — Adagio Allegro — marcato (Celeste Chop-Groenevelt). 3. Aus Finnland, op. 24. Selim Palmgren. a) Flöhenströme. b) Menuett im Volkston. c) Tanz der fallenden Blätter. d) Schlittenfahrt. 4. Schwedische Rhapsodie op. 19. Hugo Alfvén. Das Orchester besteht aus Mitgliedern der ehemaligen Großen Volksoper. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Stapellauf des Dampfers „Berlin“.

Bremen, 24. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem Bremer Vulkan in Begleit vollzog sich gestern nachmittags unter prächtigem blauen Himmel und reger Beteiligung der Bremer Bevölkerung der Stapellauf des neuesten Hochdampfers „Berlin“. Das mächtige Schiff, das in seinen Deckaufbauten schon sehr weit vorgeschritten ist, lag zum Ablauf fertig auf seinen Heben. Oberbürgermeister Böß, der sich mit dem Stadterwerbungsreferendar Haß nach Bremen begeben hatte, hielt die Taufrede, in der er auf die Meereseilung des neuen Schiffes hinwies, das berufen sei, den Namen eines neuen Berlins in die Welt zu tragen. Dann zerließ er die Champagnerflasche am hohen Bug des Schiffes, die Kerze der Arbeiter zu beiden Seiten des Schiffes flogen auf die Laxe nieder. Frost im gleichen Augenblick setzte sich lautlos der Riesenloch in Bewegung und landete nach glücklichem Stapellauf gut im Wasser. Das neue Schiff ist für die Amerikafahrt bestimmt. Es hat einen geraden Vordersteven, ein schlangenförmiges Heck, einen langen Mittelstapellauf und wird später zwei Schornsteine tragen.

„Ein guter Franzose, der niemanden haßt!“

Der Deutschen Botschaft in Paris gingen 100 Frank für die Opfer der Dortmunder Grubenkatastrophe mit folgendem Schreiben zu: „Herr Botschafter, ich bitte Sie ergebenst, meine beklagte Spende von 100 Frank den Opfern der Dortmunder Katastrophe zugehen zu lassen. Ein guter Franzose, der niemanden haßt.“ Zwei Todesurteile. Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Schwurgericht in Ventzen den Pausarbeiter Albert Strachvel und die ehemalige Großhändlerin Antoinette Rillewig wegen des im Dezember 1919 an der Prostituierten Berta Geppert begangenen Raubmordes zum Tode und zu lebenslänglichem Gefängnis. Die Angeklagten nahmen das Urteil gefaßt entgegen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebastionstr. 37/38, Hof 2 Nr. 1.
Kameradschaft Prenzlauer Berg. Mittwoch, den 25. März, abends 6 1/2 Uhr, Treffen sämtlicher Kameraden im Saalgarten des Sportparks.
Kameradschaft Wilmsdorf. Freitag, den 27. März, Sonntag, 28. März, Donnerstag, den 29. März, Freitag, den 30. März, sehr wichtiger Sonntag. Wählersitzungen durch den Wahlleiter und den Bezirksreferenten.
Kameradschaft Friedrichshagen. Das Tambourkorps gibt jeden Sonntag und Donnerstag bei Rietisch, Rietischstr. 15, Pfeife werden noch aufgenommen. Wenn Instrumente im Vorh. mitbringen. Übungszeit 7 bis 10 Uhr abends. Wöchentliche Erscheinung Mittw. — Ortsgruppe Treptow. Der Tambourabend am Donnerstag, den 26. März, fällt aus. — Kameradschaft Lichtenrade. Freitag, den 27. März, Sonntag bei Oden*. Alle Kameraden treffen sich um 8 Uhr bei Oden*. — Kameradschaft Rietisch und Unterguppen. Freitag, den 27. März, abends 7 Uhr, Sonntag in der Rietischschule.

Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Kreuzhagen. Donnerstags Besprechung bei Knoll, Rietischstr. 15, Besprechung im Saalgarten des Sportparks. Die Besprechung wird mitunterbrochen oder unterbrochen am Freitag abends in den Sophienhallen beim Leiter der Ortsgruppe in Übersee.
Reinickendorf. Freitag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr, in Reichenbergstr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Arbeiter-Radio-Klub, Ortsgruppe Kreuzhagen. Donnerstags Besprechung bei Knoll, Rietischstr. 15, Besprechung im Saalgarten des Sportparks. Die Besprechung wird mitunterbrochen oder unterbrochen am Freitag abends in den Sophienhallen beim Leiter der Ortsgruppe in Übersee.
Reinickendorf. Freitag, den 27. März, abends 7 1/2 Uhr, in Reichenbergstr. 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Dienstag, den 24. März.
 1. Rennen. 1. Glorien W. (G. W. W.), 2. Blauweisse (G. Lautenberg), 3. Kalna (M. Kinnick). Toto: 66; 10. Platz: 18, 20, 27; 10. Ferner liefen: Martha III, Manzaneros, Barmald, Salschall, Belsch, Klaf, Harlein.
 2. Rennen. 1. Kurgal (Herm. Schulerer), 2. Kinnick (G. W. W.), 3. Danajec (G. Lautenberg). Toto: 36; 10. Platz: 15, 18, 23; 10. Ferner liefen: Dichtung, Dracon Wall, Laxaria, Wargental, Linscott jr., Altmeyer, Barast, Waga Tobington.
 3. Rennen. 1. Kordigal (Gutell), 2. Rebelle I (G. Schröder), 3. Lorrer (G. Schulerer). Toto: 15; 10. Platz: 13, 20, 20; 10. Ferner liefen: Coriolanus, Tomhoff I, Gulenbirgel, Carlita D., Schwarzmalmbühl, Stilon Prinz, Heißer, Jung I, Ocean Girl.
 4. Rennen. 1. Florian (Herm. Schulerer), 2. Gassenmüdel (Kinnick jr.), 3. Kinnick (G. W. W.). Toto: 126; 10. Platz: 20, 21, 17; 10. Ferner liefen: Baron Kyporich, Johanniseuer, Beschafel, Silberbus, Heuerweh.
 5. Rennen. 1. Kinnick jr. (G. W. W.), 2. Leiderer B. (M. Kinnick), 3. Gloria Ringen (G. W. W.). Toto: 127; 10. Platz: 27, 28, 26; 10. Ferner liefen: Karl, Weißwagner I, Barometer, Simon, Erwin Kinnick, Schneewitz, Dolina, Kinnick, Kinnick, Daniel, Kinnick, Kinnick.
 6. Rennen. 1. Kinnick (G. W. W.), 2. Karl Kinnick (G. W. W.). Toto: 20; 10. Platz: 20, 20, 20; 10. Ferner liefen: Kinnick, Kinnick, Kinnick, Kinnick, Kinnick.
 7. Rennen. 1. Carlita (G. Lautenberg), 2. Lappan (G. Kinnick), 3. Kinnick (G. W. W.). Toto: 105; 10. Platz: 23, 25, 18; 10. Ferner liefen: Kinnick blau, Kinnick, Carlita, Kinnick.
 8. Rennen. 1. Kinnick (G. W. W.), 2. Kinnick (G. W. W.). Toto: 12; 10. Platz: 12, 13, 24; 10. Ferner liefen: Kinnick I, Kinnick, Kinnick, Kinnick, Kinnick, Kinnick, Kinnick, Kinnick.

Schmarren

und andere Köstlichkeiten zur Bereicherung der Mahlzeiten, mit Mondamin hergestellt sind eine billige Freude. In Mondamin haben Sie überhaupt ein nahrhaftes, bekömmliches und völlig neutral schmeckendes Erzeugnis, das dem Körper durchaus unentbehrliche Nährstoffe zuführt. Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann daher nur

MONDAMIN

Bad-Nauheim

Hessisches Staatsbad Am Taunus bei Frankfurt a. M. Ganzjährige Kurzeit
 Badesalz-, Wasser- und Pastillenversand

Hervorragende Heilerfolge bei Herzkrankheiten, beginnender Arterienverkalkung, Muskel- und Gelenk-Rheumatismus, Gicht, Rückenmarks-, Frauen- und Nervenleiden
 Vorzügliche Konzerte
 Vielseitige Unterhaltungen, Oper, Schauspiel, Tennis, Golf, Wurfclubschließstand, Autogesellschaftsfahrten
 Sämtl. neuzeitliche Kurmittel :: Schöner angenehmer Erholungsaufenthalt
 Vorzügliche Unterkunft in reicher Auswahl bei angemessenen Preisen
 Man fordere die neueste Adressenschrift A. 121 von der Bad- und Kurverwaltung Bad-Nauheim und in des Reisebüros

Wirtschaft

Dames-Plan und Industriebelastung.

Schon früher haben wir ausgeführt, daß man der Agitation der Unternehmer wegen der durch die Dames-Gesetze erfolgten Sonderbelastung der deutschen Industrie (Verzinsung und Tilgung von 5 Milliarden Reparationsschulden) auf die Finger sehen müsse, weil die Unternehmer nichts unterlassen würden, diese Belastung gegen die Interessen der Arbeiter auszuspielen. Angesichts einer geradezu skandalösen Berechnung der Dames-Kosten für die Industrie, wie sie von interessierter Seite verbreitet wird, ist es erforderlich, auf diese Frage zurückzukommen.

Geheimrat Dr. Vippart macht in einem Artikel folgende Rechnung auf: Von 1928/29 ab sind an Reparationen jährlich zu leisten vom Staat 1250, von der Reichseisenbahn 950, von der Industrie 300 Millionen. Die Selbstkosten der Industrie würden nun aber nicht nur aus den jährlichen 300 Millionen gesteigert, die sie direkt zu bringen hat, sondern auch aus den Reparationsleistungen des Staates und der Reichseisenbahngesellschaft. Der Staat wälze die von ihm gezahlten 1250 Millionen auf die Steuerzahler voll ab; die Wirkung sei die Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die sich in der Forderung von Lohn- und Gehaltssteigerungen geltend mache, die ihrerseits wieder die Selbstkosten der Industrie erhöhe. Das die Eisenbahn zahle, komme aus der Personen- und Güterbeförderung. Letztere sei wesentlich industriell und wird auf 600 von den 950 Millionen Eisenbahnreparationen geschätzt. Diese 600 Millionen seien reine Steigerung der Selbstkosten für die Industrie. Die übrigen 350 Millionen entstünden wieder auf die Verteuerung der Lebenshaltung, die sich in Lohnforderungen äußere, so daß sich folgendes Gesamtbild ergebe:

Erhöhung der Lebenshaltungskosten 1250 + 850 = 1600 Mill.
Erhöhung der industriellen Selbstkosten 800 + 600 = 900 Mill.

Berechne man die arbeitsfähige Bevölkerung Deutschlands nach der Statistik von 1907 mit 30 Millionen, davon zwei Fünftel auf Landwirtschaft und drei Fünftel auf Industrie, so entfielen von den 1600 Millionen Steigerung der Lebenshaltungskosten 960 Millionen auf die industrielle Angestellten- und Arbeiterkraft. Bei den 18 Millionen Beschäftigten der Industrie, achttündiger Arbeitszeit, 300 Arbeitstagen jährlich und durchschnittlich 1 Mark Stundenlohn für Arbeiter und Angestellte entfielen auf die Arbeitsstunde eine Lohnmehrforderung von 2,2 Pf. oder 2,2 Proz. Setze man 40 Proz. Lohnanteil am fertigen Produkt zugrunde, so betrage die Selbstkostensteigerung 40 Proz. von 2,2 Proz. = 0,9 Proz. Um diese 0,9 Proz. würden die Selbstkosten der Industrie gesteigert allein aus der Verteuerung der Lebenshaltung. Dazu komme die Belastung der Selbstkosten und des Umsatzes aus der Güterbeförderung (600) und der besonderen Industriebelastung (300) mit zusammen 900 Millionen jährlich. Nehme man die Kapitalbelastung aus den 5 Milliarden der Industrieobligationen mit 20 Proz. und einen zweimaligen Umschlag des Betriebsvermögens jährlich an, so bedeuten die jährlich 300 Millionen eine Belastung des jährlichen Umsatzes von 0,6 Proz. Diese vermehre sich durch die 600 Millionen, welche die Eisenbahn aus den industriellen Güterfrachten heraushole, um das Doppelte, um 1,2 Proz. Die Selbstkostensteigerung der deutschen Industrie aus den Dames-Gesetzen mache also, auf den jährlichen Umsatz berechnet, 0,9 + 0,6 + 1,2 = 2,7 Proz. aus.

Diese Rechnung ist falsch. Zunächst ist von Selbst-

kostensteigerung aus der direkten Industriebelastung (jährlich 300 Millionen) nur bei denjenigen Unternehmungen zu reden, die nicht Aktien- oder ähnliche Gesellschaften sind, und die nicht wie diese bei der Goldbilanzierung die Industriebelastung schon berücksichtigt haben. Das ist kapitalmäßig betrachtet, ein verschwindender Bruchteil der 29,24 Milliarden Betriebsvermögen, auf welche das Industriebelastungsgesetz die Obligationen umlegt. Wo die Industriebelastung bei der Goldbilanzierung schon berücksichtigt ist, sind die Kosten aus der Industriebelastung durch das niedriger angelegte Kapital bereits eingerechnet. Sie können also nicht mehr zusätzliche Selbstkosten werden. Das war ja der Zweck der Lieferanweisung des Kapitals. Zweitens dürfen nicht 20 Proz. des Betriebsvermögens, auch nicht 17,1 Proz., wie der Verfasser sich berichtigt, angelegt werden, selbst nicht einmal die 15,73 Proz., die als offizieller Schlüssel für die Umlegung der Industrieobligationen neuerlich festgestellt worden sind, sondern sehr viel weniger. Für die Ausbringung der Industrielasten gilt nämlich nicht das Belastungs-, sondern das Ausbringungs-gesetz. Dieses zieht mit Ausnahme der Landwirtschaft sämtliche Industrie-, Bank- und Verkehrsunternehmungen mit über 20 000 M. Betriebsvermögen heran, so daß die Belastung kaum 10 Proz. des Betriebsvermögens der Industrie ausmachen wird. Drittens scheint es sich dem Herrn Geheimrat von selbst zu verstehen, daß das Arbeitseinkommen allein die Besteuerung trägt, nicht auch das Unternehmereinkommen. Von der Reichseinkommensteuer fallen roh gerechnet 40 Proz. auf den Besitz, 60 Proz. auf Löhne und Gehälter. Es können also bestenfalls nur sechs Sehtel von den errechneten 1600 bzw. 960 = 960 bzw. 570 Millionen in Lohn- und Gehaltssteigerungen sich auswirken, nicht aber die vollen 1600 bzw. 960 Millionen. Viertens wird vollständig übersehen, daß die Reichseisenbahn die von ihr aufzubringenden 950 Millionen zum großen Teil aus Uberschüssen decken könnte, die nicht aus einer Sonderbelastung der Güterfrachten stammen, denn vor dem Kriege erbrachte das preussisch-hessische Staatsbahnen dem preussischen Fiskus allein einen Reinerüberschuss von jährlich 700 Millionen Mark. Und wenn tatsächlich heute der größere Teil der 950 Millionen aus der Personen- und Frachttarifserhöhung aufgebracht werden müßte, so wäre nicht der Dames-Plan daran schuld, sondern die allgemeine Verarmung Deutschlands und besonders seiner arbeitenden und konsumierenden Massen. Sie aber auf die Dames-Gesetze dabei berufen, ist sozialpolitische Taschenspielererei und heißt sich um Verantwortung und Kosten drücken, die die Industrie erzeugt hat und von denen sie sich nicht drücken darf.

An tatsächlicher Selbstkostensteigerung aus dem Dames-Plan bleibt für die Industrie also nicht viel übrig; das, was an Selbstkosten bei der Goldbilanzierung noch nicht auf das Kapital angerechnet ist, das, was tatsächlich an Lohn- und Gehaltssteigerungen folgen könnte, und das, was nicht aus echten Uberschüssen der Eisenbahn zu decken wäre. Da der Herr Geheimrat aber 20 Proz. statt 10 Proz. Betriebsvermögensbelastung zugrunde gelegt hat, wird die Gesamtbelastung die errechneten 0,6 Proz. des Umsatzes noch kaum erreichen. Von 2,7 Proz. aber kann keine Rede sein. Die Arbeiter und Angestellten aber sollen sich die 2,2 Pf. Stundenzulage, die ihnen sachverständig begründet sind, merken und rechtzeitig fordern. Dann werden die Sachverständigen mit Sicherheit schlagend nachweisen, daß an eine Mehrbelastung des Arbeiterhaushalts, die in ganz Deutschland 2,2 Pf. Stundenzulage rechtfertigte, gar nicht zu denken sei, und daß die Arbeiter aus den Dames-Gesetzen u. U. noch profitieren.

Die deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1924

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, um nach der Zeit der Inflation, die alle Statistik wertlos machte, wieder einen Überblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, Vierteljahrstatistiken aufgenommen, von denen alle Vereine erfasst wurden, die mehr als 400 Mitglieder zählen. Diesen Vereinen gehören rund 3 400 000 Mitglieder an, während in den kleineren, die fast ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, nur rund 58 000 Mitglieder vereinigt sind. Die durch die Statistik betroffenen Vereine reichen also zur Beurteilung der Verhältnisse völlig aus.

Zwangswirtschaft und Inflation hatten am Markt der Konsumgenossenschaften gekehrt, ihre Betriebsmittel vernichtet und ihre Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt. Während Hunderttausende von genossenschaftlich Indifferenten ihnen unangenehmlicher Vorteile willen zugestimmt waren, standen weit mehr als Mitglieder, verärgert durch zahlreiche unangenehme Erscheinungen, an denen die Genossenschaften ganz unschuldig waren, abseits. Die Zufallsmitglieder konnten den Begriff „genossenschaftliche Treue“ nicht und verschwanden bei erster Gelegenheit wieder, die alten Mitglieder verkürzten die gute Eigenschaft und wurden gleichgültig.

So war das Bild, das die Aufnahme für das erste Vierteljahr 1924 zeigt, ein recht wenig befriedigendes. In 736 Vereinen mit 3 325 249 Mitgliedern ergab sich nur ein Umsatz von 107 831 230 M. Das bedeutet je Mitglied nur 32,45 M. oder wörtlich nur die lächerlich geringe Summe von nicht ganz 2,50 M. Das hätte zu den ernstesten Besorgnissen berechtigt, wenn nicht eben von der Mitgliederzahl große Mengen von „Konjunkturmäßigern“ abgerechnet werden müßten.

Die Hoffnung, daß es zäher, planmäßiger Arbeit gelingen werde, allmählich wieder gesündere Zustände herbeizuführen, erwies sich als begründet. Im zweiten Vierteljahr stieg der Umsatz bei 3 295 519 Mitgliedern auf 126 331 253 M. oder 38,35 M. je Mitglied, im dritten Vierteljahr, — den Sommermonaten, wo das Geschäft abflaut — bei 3 343 180 Mitgliedern auf 137 786 101 M. oder 41,20 M. je Mitglied, im letzten Vierteljahr bei 3 389 065 Mitgliedern auf 166 875 397 M. oder 49,24 M. je Mitglied. Der Umsatz je Mitglied erhöhte sich also im Laufe des Jahres um rund 50 Proz.

Am Schlusse des Jahres wurde dann eine Statistik aufgenommen, die alle Vereine umfaßte. Die Zentralverband zählte insgesamt 1175 angeschlossene Genossenschaften, von denen 1036 berichteten. Diese erzielten bei 3 444 218 Mitgliedern 348 741 184 M. Umsatz oder je Mitglied 159,32 M.

Das sind absolut hohe Zahlen; relativ sind sie aber durchaus ungenügend. Im Jahre 1913/14, dem letzten Vorkriegsjahre, wurden bei 1 717 519 Mitgliedern 492 980 519 M. Umsatz oder je Mitglied 287 M. erzielt, also — wenn man die heutigen höheren Preise in Betracht zieht — mehr als doppelt soviel als im Jahre 1924.

Es ist also noch außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wenn nur erst Verlorenes wiedergewonnen werden soll. Daß es an dem Willen und dem nötigen Eifer nicht fehlt, zeigt die im Jahre 1924 im Zentralverband einseitige Verarbeitung. Allein in 280 Genossenschaften wurden 5729 Veranlassungen zu Werbezwecken getroffen, an denen sich 2 619 824 Personen, darunter 1 218 715 Frauen und 138 081 Kinder beteiligten — eine Leistung, wie sie bislang noch nie vollbracht wurde.

Hoffen wir, daß im neuen Jahre der Erfolg diese Bemühungen, die reiflos fortgesetzt werden, belohnen möge.

Better für Berlin und Umgebung: Mitt. weissele Bemühung, teil. 9 erklebigen Niederfälle. — Für Deutschland: Um Rohweilen etwas Regen. in Süd- und Ostdeutschland leichter Rechtsoft.

Extra-Angebot



Weidensessel
dicht geflochtener
Sitz **4.95**



Peddigrohrsessel
Sitz u. Rücken
gepolstert, mit Lack-
rohrverzierung,
ganz gewickelt **12.75**



Peddigrohrsessel
(Sekunde) sehr gut
verarbeitet, dicht ge-
flochtener Sitz . . **7.90**



Hocker Holz
zusammenlegbar **0.95**



Einholekorb
aus Rohr, schön
bemalt, ca. 35 cm **1.75**

Eisenbahn mit Uhr-
werk,
großer Schienenkreis . . . **1.95**

Straßenroller „Rico“
mit
Eisenrädern und Bremse . . **2.95**

Kegelspiel
im großen Holzkasten . . . **0.95**

Holzauto mit Maleret,
ca. 37 cm lang,
Kasten zum Kippen . . . **0.95**

JANDORF

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr.
Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str.

2 Restetage

Donnerstag
Freitag

zu den bekannt
billigen Preisen

Seidenstoffe

Krepp marokain, China-Krepp, Eollen,
Foulard und bedruckte Seide, Da-
maste für Mantel- und Jackenfutter

Wollstoffe

Wollrips, Gabardine, Krepp marokain,
Schotten, Covert-Coat, Rips mouliné,
Wollmusseln und Wollkrepp

Ein großer Posten Herrenstoffreste
auch für Jünglings-Anzüge

GUSTAV CORDS

LEIPZIGER ECKE
CHARLOTENSTR.

Kreditgewährung der Angestelltenversicherung.

Der Skandal des Vermittlungswesens.

Auf Grund der vom AFA-Bund dem Reichstag zugeleiteten Denkschrift über das Kreditwesen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat nunmehr die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, für die Zeit ab 1. Oktober 1923 genaue Feststellungen zu treffen:

1. Wie hoch die jeweiligen Bestände an Rentenmark bzw. Reichsmark am 1. jeden Monats bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte waren;
2. In welcher Weise und unter welchen Bedingungen die Anlage der Gelder erfolgte, insbesondere nach welchen Grundzügen Darlehen und Kredite an private Unternehmungen gewährt wurden;
3. wie sich die Gesamtsummen der von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gewährten Darlehen, Hypotheken und Kredite verteilen auf: a) Kommunen, b) Genossenschaften (Konsum-, Bau- und landwirtschaftliche Genossenschaften), c) Privatunternehmungen, d) einzelne Versicherte;
4. welchen Privatfirmen Darlehen, Hypotheken oder Kredite gewährt wurden mit Angabe der Beträge;
5. welche gewerbmäßigen oder gelegentlichen Geldvermittler bei der Reichsversicherungsanstalt zugelassen waren oder sind.

Ueber das Ergebnis der gemachten Feststellungen ist dem Reichstag unmittelbar zu berichten.

Die Kreditgewährung der öffentlichen Geldinstitute ist in den letzten Monaten heftig kritisiert worden. Und zwar mit Recht. Das braucht jedoch nicht immer einen subjektiven Vorwurf enthalten. Objektive Mängel im öffentlichen Geldwesen aber sind unverkennbar. Die Reichspost und die Preussische Staatsbank, deren Verhalten am stärksten kritisiert wurde, haben in der Angestelltenversicherung einen Bundesgenossen. Wenn es sich auch bei ihren Maßnahmen nicht um irgendwelche strafbaren Tatbestände handelt, so bleibt doch die Art und Weise ihrer Kreditgewährung bedauerndwert.

Zu dieser Feststellung gibt die vom AFA-Bund soeben erschienene Broschüre über „Die Millionenüberschüsse der Angestelltenversicherung“ Veranlassung. Sie enthält ein Fülle von Material über falsche und schädliche Kreditgewährung dieses Unternehmens. Besonders wenn man sich den Zweck der Angestelltenversicherung vergegenwärtigt, muß man sein stärkstes Bedauern darüber aussprechen, daß seine reichen Geldmittel nicht zweckmäßiger angelegt worden sind. Aufgebracht von den Wälfen der Angestellten, dazu bestimmt, ihre soziale Lage in Notfällen zu erleichtern, müßten eigentlich diese Mittel ausschließlich zur Förderung sozialer Zwecke dienen.

Die tatsächlichen Angaben in der Schrift des AFA-Bundes lassen erkennen, daß nur ein kleiner Teil der verfügbaren Gelder zur Förderung von sozialen Zwecken der Angestellten verwendet wurde. Insbesondere sind zur Bekämpfung der Wohnungsnotrelativ unerhebliche Mittel gegeben worden, obwohl doch bessere Wohnungsverhältnisse zur Schaffung besserer Gesundheitsverhältnisse eine der wichtigsten Aufgaben der Angestellten sein sollten. Dagegen hat die Angestelltenversicherung Millionenbeträge an Industrie und Landwirtschaft gegeben, ohne dabei irgendwelche sozialen Bedingungen zu stellen.

Nicht bedauerlicher ist jedoch das Vermittlerwesen, das sich bei der Angestelltenversicherung förmlich eingenistet zu haben scheint. Die Schrift des AFA-Bundes enthält zahlreiche Belege dafür, daß ohne Inanspruchnahme eines Vermittlers überhaupt kein Geld von der Angestelltenversicherung zu haben ist. Selbst Kommunen, die für dringende soziale Zwecke, insbesondere für den Wohnungsbau, Kredite aufnehmen wollten, konnten bei direkten Verhandlungen nichts erreichen, während bei Inanspruchnahme von Vermittlern und Zahlung hoher Provisionen Kredite zustande kamen.

Ist dieses Vermittlerwesen bei der Vergabung von öffentlichen Geldern bereits an und für sich ein durch nichts zu rechtfertigender Skandal, so wird man auch dem AFA-Bund recht geben müssen, wenn er in seiner Eingabe an das Reichsarbeitsministerium Beschwerde darüber erhebt, daß sich unter diesen nicht nur ehemalige Offiziere befinden, sondern daß auch zwei höhere Beamte der Angestelltenversicherung nach ihrem Ausscheiden als Vermittler zugelassen wurden.

Die sachlichen Motive des AFA-Bundes bei der Kritik dieses Verhaltens der Angestelltenversicherung sind unbestreitbar. Sie werden noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der AFA-Bund sein Material in der lautersten Weise dem Arbeitsministerium zur Untersuchung und der Abstellung der

Mißstände zur Verfügung gestellt hat. Es ist in hohem Maße bedauerlich, daß das Arbeitsministerium diese Motive nicht gewürdigt, die Untersuchung nicht sofort eingeleitet und die Mängel nicht abgestellt hat. Infolgedessen kann sich der Reichstag der Pflicht nicht entziehen, seinerseits Abhilfe zu schaffen. Er wird das tun müssen durch zweierlei Maßnahmen. Erstens durch die Untersuchung der bisherigen Kreditgewährung der Angestelltenversicherung in dem dafür von der AFA vorgeschlagenen Rahmen und zweitens durch die Schaffung von Bestimmungen, die eine einwandfreie und volkswirtschaftlich zweckmäßigere Verwendung der Gelder sicherstellen.

Aus der Broschüre des AFA-Bundes geben wir ein bezeichnendes Dokument wieder.

Es wird in zahlreichen Berichten der Gemeinden immer wieder auf die Härte der Bedingungen bei der AFA, wie auf den außerordentlich schleppenden bürokratischen Gang im direkten Geschäftsverkehr hingewiesen.

Demgegenüber rühmen sich die privaten Geldvermittler und Geldschieber immer wieder, daß sie allein den Kommunen den kürzesten und erfolgreichsten Weg zur Kreditbeschaffung bei der AFA weisen könnten. Daß sich die Kommunen vielfach geradezu durch eine Kette solcher Agenten hindurchwinden müßten, illustriert der folgende Bericht aus einer rheinischen Stadt an die AFA:

Ihren Wünsche entsprechend gestalte ich mir, Ihnen über die geführten Verhandlungen wegen Erlangung eines Kredits, soweit die Versicherungsanstalt für Angestellte in Frage kommt, sehr ergebenst folgendes mitzutheilen:

Mitte November 1924 wurden wir durch einen Vermittler an die Adresse des Majors a. D. Otto Eichelsheim, Wiesbaden (Anlage 1) verwiesen, welcher in der Lage sein sollte, deutsches Geld zu günstigen Bedingungen zu vermitteln. Mit Herrn Eichelsheim wurde daraufhin verhandelt. Er gab an, daß er als ehemaliger Reichsbeamter gute Beziehungen zu einer Reichsstelle unterhalte, welche an Kommunen gegen hypothetische Eintragung Kredite gebe. Diese Stelle benutzen ehemalige Offiziere mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage als Agenten und würde jede direkte Verhandlung mit dieser Stelle zwecklos sein. Da es sich um Reichsgeld handelte, würden, wie bereits gesehen, von der Regierung gegen die hypothetische Belastung des Grundbesitzes als Sicherheit keine Einwendungen erhoben. Herr Eichelsheim wurde darauf um Angabe der geldgebenden Stelle ersucht. Er schaute dies jedoch ab, solange ihm nicht der in Anlage 2 beiliegende Antrag unterzeichnet sei. In etwas anderer Form wurde darauf seinem Wunsch entsprochen. Herr Eichelsheim zeigte hierauf einen Zirkularbriefbogen der Reichsversicherungsanstalt Berlin unter Verdeckung der Anschrift vor, aus dem über eine Kreditangelegenheit zu lesen war.

Da wir zu dieser Angelegenheit kein Vertrauen hatten, brachen wir die weiteren Verhandlungen ab.

Anfang Dezember 1924 bot uns ein Herr Heinrich Glich aus Wiesbaden, Adolfsallee 19, als Vermittler einen Kredit von einer Million Mark an zu 7% Proz. Zinsen,

5% Proz. Gesamtprovision.

Der Kredit solle auf 5 oder 10 Jahre gegeben werden. Als Referenz wurde angegeben, daß die Stadt Kasal, a. d. O. bereits einen Kredit erhalten habe. Auf telegraphischen Anruf wurde uns von dort mitgeteilt:

„Zwischent Credit getätigt, für große Anleihe schreibt Verhandlung.“

Herr Glich hatte sich zwischenzeitlich nach Berlin begeben und forderte telegraphisch unser sofortiges Erscheinen zwecks Abschluß. In Berlin wurden wir zu Herrn Direktor Herlet, Berlin-Grünwald, Margaretenstraße 5 (Anlage 3), verwiesen. Dieser Herr gab an, daß alles in bester Ordnung sei und wendete unser Erscheinen bei der Allgemeinen Verkehrsbank, Berlin N 37, Jelenstraße 11, an. Dort wurde uns bedeutet, daß als Vermittler für die Bank nicht Herr Herlet, sondern der gerade anwesende Herr v. Belling, Berlin W 15, Vagerische Straße 7, in Frage komme. Bevor der Geldgeber genannt werde, müsse jedoch ein Provisionschein unterzeichnet werden. Nachdem die Frage, was das Geld denn überhaupt koste, dahin beantwortet wurde, daß

8 Prozent Zinsen, 8 Prozent Damno und 2 1/2 Prozent Provision

bei hypothetischem Eintrag verlangt würden, wurden die weiteren Verhandlungen abgebrochen.

Anfang Januar d. J. erging nun von Herrn Direktor Herlet, Berlin, die telegraphische Aufforderung, sofort nach Berlin zu kommen, da bei den letzten Verhandlungen ein Mißverständnis vorgekommen sei, es ständen für uns eine Million Mark zu 8 Proz. Zinsen, 7 Proz. Damno und 2 Proz. Abschlußprovision langfristig, sofort greifbar zur Verfügung. Das Telegramm befindet sich in unseren Händen. Diese Angaben sowie der Druck unserer finanziellen Lage veranlaßten uns zur zweiten Reise nach Berlin. Wir mußten zu unserem Erstaunen hier den gleichen Gang durch die Reihe der Agenten machen. Für Herrn von Belling mußten wir den Provisionschein mit 2 Proz. hinterlassen, worauf uns die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Geldgeber genannt wurde. Herr v. Belling begleitete uns zuerst nach der „Phönix“, in dem Zettel 13. Hier wurden uns genaue Angaben über die Bedingungen zur Herabgabe der Gelder gemacht, auch wurde uns zu verstehen gegeben, daß diese Stelle für die Bewilligung des Kredits von großem Einfluß sei. Herr v. Belling ließ dort auch seinen Provisionschein zurück. Vor Schluß der Verhandlung wurde uns angedeutet, daß wir bei der Reichsversicherungsanstalt, insbesondere bei Herrn Regierungsrat (Namen entfallen) bereits angemeldet seien.

Wir wurden jedoch von diesem Herrn nicht empfangen, sondern an Herrn Oberregierungsrat v. Seyfried verwiesen.

Einen solchen von Herrn v. Belling eingezugenen Brief lassen wir in Abschrift folgen.

gez.: Unterschrift des Bürgermeisters.

Was befragen gegenüber diesen Dokumenten die feierlichen Erklärungen der AFA, daß sie Vermittler bei der Kreditgewährung an Kommunen ablehne. Es würde sich verlohnen, durch den Deutschen Städtetag einmal festzustellen, wieviel Gemeinden ihre Darlehen von der AFA durch Einschaltung privater Geldvermittler erhalten, wieviel in direkter Verhandlung Kredit erhalten haben und wieviel Gemeinden bei direkter Verhandlung Ablehnung erfahren haben. Es ist ein unerträglich Zustand, daß die Kommunen durch die Erschwerung des direkten Verkehrs in die Zwangslage gebracht werden, die Geldvermittler in Anspruch zu nehmen und diesen hohe Provisionen zu bezahlen.

Der Magdeburger Prozeß.

Genosse Scheidemann am Erscheinen verhindert. — Aufhebung der Verhandlungen?

Magdeburg, 24. März. (Eigener Drahtbericht.)

Als erster Zeuge wurde gestern, wie schon kurz gemeldet, der bisherige preussische Handelsminister Siering, damals Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes in Berlin, vernommen, der die Gründe für den Ausbruch des Rüstungsstreiks im Januar 1918 darlegte. Die Erbitterung sei zurückgegangen auf den Streik 1917, an dessen Spitze sich die Gewerkschaften mit vorheriger Kenntnis der militärischen und Zivilbehörden gestellt hätten. Damals sei der Streik nach zwei Tagen von den Gewerkschaften beigelegt worden. Ein Teil der Streikenden sei allerdings nicht in die Betriebe gegangen, sondern habe eine neue Streikleitung gebildet, mit der sogar, allerdings vergeblich, Erz. Bahnhöfe verhandelt habe. Da der Arbeiterchaft die damalige Haltung der Gewerkschaften nicht gefiel, gingen die Streikenden im Januar 1918 sofort zu der unabhängigen Partei. Demgegenüber wandten sich die SPD-Arbeiter der Betriebe an die SPD-Parteileitung, daß der Parteivorstand ebenfalls in die Streikleitung eintrete, um den Unabhängigen die Streikführung nicht allein zu überlassen. Der Eintritt der SPD habe jedoch für die Streikbeteiligung nicht viel zu sagen gehabt. Am zweiten Tag eines Streiks nehme die Zahl der Streikenden immer stark zu. Der Zeuge erklärt, daß er als Gewerkschafter auch in die Streikleitung eingetreten wäre, aber man habe sich absichtlich nicht an die Gewerkschaften gewandt.

Der Zeuge Fortenbacher, damals Vertreter der Militärärzter in Spandau, gibt zu, daß Siering dasselbe Bestreben wie er selbst gehabt habe, den Streik zu verhindern und dann möglichst abzuführen.

Der Mechaniker Paul Eckert war Mitglied der Streikleitung als Vertreter der revolutionären Obleute. Der Streik sei in der Branchenversammlung der Dreher am Sonntag endgültig für Montag beschlossen worden. Die Zeitdauer des Streiks hätte niemand vorher bestimmen können. Vor dem Streik war ein Flugblatt des Spartakusbundes verteilt worden. Gründe für den Streik waren nicht angegeben. Die Erbitterung war so groß, daß jeder Arbeiter wußte, um was es geht: um einen raschen Frieden, um mehr Brot, Freilassung der politischen Gefangenen usw. Die Sozialdemokratische Partei habe damals auf die Berliner Arbeiterchaft ebenso wenig Einfluß gehabt wie die Leitung des Metallarbeiterverbandes. Die revolutionären Obleute waren es, die die Leute aus den Betrieben führten. Der Zeuge schildert im einzelnen den Ausbruch des Streiks und die Bildung des Streikkomitees aus revolutionären Obleuten unter Hinzuziehung von drei unabhängigen Reichstagsabgeordneten. Ledebour habe sich mit aller Schärfe gegen die in der Delegiertenversammlung beantragte Hinzuziehung von SPD-Abgeordneten gewandt. Richard Müller habe jedoch den Antrag wieder aufgenommen, um dem Streik ein großes Prestige zu geben.

Ein Zwischenfall.

Witten in der Berechnung Eckerts gibt es einen Zwischenfall. Der Vorsitzende gibt einen Brief bekannt, in dem Scheidemann mitteilt, daß sich sein Gesundheitszustand so verschlimmert habe,

WO-KHI-Einreibung-Embrocation

Von unerreichter Wirkung bei Behandlung von:
**Rheumatischen u. nervösen Gliederschmerzen,
Ischias, Zerrungen und Verstauchungen**

Unübertreffliches Sportmassagemittel

Für Keilzwecke in Apotheken, für Massage und Kräftigung in Sportgeschäften, Drogerien, Apotheken 1/2 Fl. M. 5.-, 1/2 Fl. M. 8.- • Wo-Khi-Work, Berlin, Wilhelmstrasse 121

daß er einer neuen Zeugenladung nicht Folge leisten kann. Auf der Bank der Verteidiger macht sich ein hartes hämliches Lachen breit, als das ärztliche Gutachten verlesen wird, in dem auf den ernststen Gesundheitszustand Scheidemanns verwiesen und auf die Schädlichkeit längerer Reisen und seelischer Erregungen hingewiesen wird.

R. A. Dr. Martin erhebt sich und erklärt, daß er am Sonnabend Scheidemann in Berlin im Reichstag, wo er, Martin, sich anscheinend neue Instruktionen für die Fortführung des Prozesses bei den deutschen nationalen Größen geholt hat, gesehen habe. Sein Befinden habe einen recht guten Eindruck gemacht.

Zeuge Eckert gibt darauf nochmals Auskunft über die Tätigkeit der revolutionären Obleute, die ohne weiteres beim Streikausbruch Delegierte waren. Gleich in der ersten Sitzung des Streikkomitees habe Eckert eine Abänderung der Forderungen und paritätische Befehle der Streikleitung veranlaßt. Von den Obleuten sei jedoch erklärt worden, daß nur die Plenarversammlung der Delegierten eine Aenderung der Streikforderungen vornehmen könne.

Die Mitglieder der Parteien nahmen nur beratend an der Streikleitung teil; beschließen konnten nur die Obleute in der Streikleitung.

Die Abstimmung geschah nur unter den Obleuten, nicht unter den Parteimitgliedern. Diese wollten lediglich den streikenden Arbeitern mit ihrer politischen Erfahrung zur Seite stehen. Aktiven Anteil an der Streikbewegung hatten weder die Unabhängigen noch die Sozialdemokratische Partei. Auch die Gewerkschaften sollten nicht vertreten sein im Streikausfluß. Entscheidend war lediglich die aus 412 Obleuten bestehende Delegiertenkonferenz, ein Arbeiterparlament Berlins. Die Obleute im Streikkomitee hätten sich mit Scheidemanns Vorschlag, mit der Regierung in Verhandlungen zu treten, einverstanden erklärt, aber nur, wenn die Abordnung aus vier Abgeordneten und fünf Arbeitern bestünde. Nach der ersten Ablehnung durch Wallraf hätte das Streikkomitee erklärt, daß nun an Verhandlungen nicht zu denken sei. Dennoch sei noch einmal eine Abordnung aus den Abgeordneten Haase und Scheidemann und zwei Arbeitern gebildet worden.

In der Nachmittagsitzung erklärt der Generalstaatsanwalt, daß eine neue Lage geschaffen sei durch die Unmöglichkeit, Scheidemann zu vernehmen.

Er macht den Vorschlag, die Vernehmung der Zeugen, die gegen Scheidemann geladen sind, auszusetzen und ein freisitzendes Zeugnis zu erbitten, wann Scheidemann vernehmungsfähig ist. Dann erst könne entschieden werden, ob weiter verhandelt werden kann.

Er schlägt vor, den Zeugen Davidsohn abzusetzen. Die Verteidigung widerspricht; es könne ruhig zu Ende projiziert werden. Die Zeugen, die gegen Scheidemanns Glaubwürdigkeit auszusagen sollen, könnten dennoch vernommen werden, vor allem Davidsohn. Die Staatsanwaltschaft erklärt, nicht in der Lage zu sein, auf eine weitere Vernehmung Scheidemanns zu verzichten. Darauf geht ein Telegramm nach Kassel ab, wann Scheidemann nach freisitzlicher Auffassung einer Vernehmung gewachsen ist.

Als Zeuge wird dann der Mechaniker Malhahn aus Berlin vernommen, der ebenfalls die Vorbereitung und Organisation des Streiks durch die revolutionären Obleute schildert. Er bestätigt, daß die Abgeordneten in der Streikleitung Anträge stellen konnten, daß aber die Arbeitervertreter die entscheidende revolutionäre Mehrheit bildeten.

Zeuge Dittmann erklärt zu den Befundungen Eckerts und Malhahns: Das Flugblatt ist am Dienstag, den 29. Januar, von mir im Gewerkschaftsbaus geschrieben, nachdem das Verammlungsverbot ergangen und die Abordnung von Wallraf abgelehnt worden war. Gedruckt wurde das Flugblatt in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch und verteilt am Mittwoch.

Zeuge Richard Müller, Schriftsteller in Berlin, war Vorsitzender der Streikleitung im Januarstreik. Er versichert, daß das Flugblatt in der Treptower Küche am Nachmittag des Mittwoch beschlossen und in einer illegalen Druckerei des Spartakus-Bundes gedruckt worden sei. Das Konzept komme von ihm, Richard Müller; Dittmann habe es nicht verfaßt. Ledebour habe Änderungen beantragt.

Die weitere Vernehmung Richard Müllers wird kurz vor 6 Uhr auf Donnerstag verlegt.

Landgerichtsdirektor Vogt erklärt darauf unter Eid, daß er mit der Anordnung der Fesselung nichts zu tun habe. Es bestand eher die Gefahr, daß die Gefangenen durch das offene Fenster entweichen könnten, deshalb war ich verpflichtet, die Fesseln nicht abnehmen zu lassen. Die Angeklagten Poeges und Neumann waren bei mir sicherer als in Freiheit. Sie galten als Spiegel, und ich bin der Überzeugung, daß, wenn sie freigelassen wären, ihr Leben keinen Wert mehr gehabt hätte. Deshalb war ihre Fesselung unumgänglich.

Sodann macht der Zeuge weitere Angaben über

die Spitzeltätigkeit der SPD.

die sich selbst über die Spitzeltätigkeit so entrüstet. Es sei einmal ein Sekretär zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß er verlegt würde und habe ihm seinen Nachfolger vorgestellt. Dieser Nachfolger sei fünf Minuten später von einem Kollegen Vogts als ein kommunistischer Führer erkannt und entfernt worden. Stobiewski habe vor dem Untersuchungsrichter wiederholt ausgesagt, daß er in der Hauptverhandlung ausgesagt werde und die Motive für seine Handlungen bekannt geben werde. In ähnlicher Weise habe er auch zu Protokoll gegeben. Es sei aber nicht wahr, daß sich diese Worte nur auf die Aussagen über die Schipowa bezogen hätten. Wenn Stobiewski jetzt es für gut befände, immer noch nicht auszusagen, so habe das andere Gründe. Es sei auf ihn von verschiedenen Seiten eingewirkt worden, die Aussage weiterhin zu verweigern.

Bei seinen weiteren Vernehmungen legte der Zeuge Vogt besonderen Nachdruck auf die Tatsache, daß Stobiewski seinerzeit den Gedanken, sein Leben zu verlieren, ins Auge gefaßt hatte.

Rechtsanwalt Neumann: Herr Stobiewski, es wäre doch wohl besser, wenn Sie endlich ein Geständnis ablegen würden.

Stobiewski: Ich habe kein Geständnis abzulegen.

R. A. Dr. Wolf teilte dann mit, daß die Verteidigung die Verlesung sämtlicher Protokolle und der in diesem Verfahren erwähnten (z. B. in den Akten befindlichen richterlichen Urteile) verlangen werde, daß die Verteidigung ferner für Donnerstag zunächst 16 neue Entlastungszeugen geladen habe. Darunter befindet sich der sächsische Innenminister Müller, die sächsischen Abgeordneten Siedert, Liebmann, Lieberach sowie der frühere Minister Böttcher, ferner der Heidelberger Dozent Dr. Gumbel, der Verfasser der Broschüre „Vier Jahre Rosa“.

In der Nachmittagsitzung beschließt sich Landgerichtsdirektor Vogt mit den Aussagen des Angeklagten Margies. Am Fall Rauf sei dieser Angeklagte nicht aktiv beteiligt gewesen, weil er bei einem Gewehrtransport von einem Auto angefahren und verletzt worden war. Margies selbst habe diese Nichtbeteiligung, wie überhaupt die Tatsache, daß Neumann ihm dabei einen untergeordneten Posten zugewiesen habe, außerordentlich bedauert. Im übrigen habe Margies bei seiner Vernehmung sehr oft die Unwahrheit gesagt.

Die Aussagen Vogts erregen den Angeklagten Margies detrac. daß er, als man ihm nicht sofort das Wort gibt, den Gerichtssaal fluchtartig verläßt und nicht zu bewegen ist, seinen Platz wieder einzunehmen.

Im weiteren Verlauf seiner Aussage wandte sich Zeuge Vogt der Aussage des Angeklagten Hufe zu und betonte, daß diese niemals, wie man behauptet habe, auf Einflüsse zurückzuführen sei, die von ihm, Vogt, und Neumann ausgegangen wären. In einer Anwendung von Schamgefühl seinem Wohlwäter Neumann gegenüber habe Hufe schließlich gestanden, daß er fast täglich in der Ruffischen Hofstraße gewesen sei und daß er auch gesagt habe, daß es sich bei dem ihm erstellten Aufträgen um eine „A.-Sache“ gehandelt habe. Weiterhin stehe zweifellos fest, daß Hufe von sich aus Stobiewskis Entdemnen „Woll“ gebraucht habe.

In dieser Stelle lehnte R. A. Dr. Wolf von einer Besprechung mit Margies zurück, der sich sonst beruhigt hat, daß er seinen Platz wieder einnehmen kann.

Der Zeuge kam dann auf den Fall Seckert zu sprechen. Neumann habe ihm Angaben gemacht, daß er Neus über die Festigung Seckerts nicht im Zweifel gelassen habe. Neus müsse auch gemerkt haben, was in dem von ihm verpackten Ampullenpaket gewesen sei. Es wäre doch eine große Leichtfertigkeit, wenn man ihm über den Inhalt des Pakets keine Mitteilung gemacht hätte. Sodann kam der Zeuge auf den Angeklagten Marsner zu sprechen. Neumann habe besonders in Hinweis auf die Autofahrt nach Süddeutschland zugegeben, daß Marsner orientiert gewesen sei. Bei Marsner war es genau so wie im Falle Margies. Marsner hat ausgesagt, daß er nichts sagen dürfe, bevor er nicht von einem Neumann gegebenen Versprechen entbunden sei. Der Untersuchungsrichter, der im Fall Marsner großen Wert auf die Beschaffung und die Eigentumsrechte an dem betreffenden Auto gelegt habe, ebenso auf die Fahrt nach Dresden, erklärte hierzu: Marsner konnte mit wunderbarem Gefühl die größten Unwahrheiten sagen.

Bezüglich der übrigen Angeklagten glaubte Vogt sich kurz fassen zu können. Mayer hat sich gemeldet, etwas auszusagen, und gesagt, daß es sich nicht lohne, bei ihm sich um eine Aussage zu bemühen. Kuhls hat seine Ausführungen dahin gemacht, daß er ein Beihelfer und Mitwisser im Falle Rauf schuldig sei. Auch alle späteren Ermittlungen haben keinen Anhaltspunkt dafür gegeben, daß er gemacht hätte, was mit Rauf passieren sollte. Auch über Hallup und Intorz mußte der Zeuge nichts Wesentliches auszusagen. In bezug auf die Vernehmung von König und Diesner wandte sich der Zeuge gegen die Vermutung, daß er die beiden als Spiegel benutzte und in eine Zelle zusammengelegt habe, und daß er von einer Spitzeltätigkeit etwas gewußt hätte. Es geschähe ja vieles in der Öffentlichkeit, um den Untersuchungsrichter bloßzustellen, ja sogar zu belästigen.

Der Vorsitzende fragte nunmehr den Zeugen, wie weit sich die Widersprüche in Neumanns Aussagen vor dem Untersuchungsrichter und in der Hauptverhandlung in bezug auf den Fall Seckert und Vogt erklären.

Vogt glaubte, daß diese Widersprüche darauf zurückzuführen seien, daß Neumann wohl unter dem Eindruck der Gerichtsverhandlung sich mit einer anderen Darstellung zum Zwecke seiner Entlastung verhalten habe. Neumann habe in seinen früheren Aussagen durchaus den Eindruck erweckt, daß es ihm mit der Ermordung Seckerts bitterernit gewesen sei.

Es entspann sich dann noch eine Reihe kleinerer erfolgloser Diskussionen der Angeklagten untereinander und mit dem Untersuchungsrichter, die sämtlich den Zweck haben sollten, die Angeklagten zu entlasten.

Zum Schluß hat Margies um Einsicht in ein Protokoll und erklärt: Ich bestreite auch jetzt noch, daß ich diese Angaben gemacht habe. Ich halte es wohl für möglich, daß der Schlüsselpunkt unter dem Protokoll in ein Komma umgeändert wurde und noch einige Worte hinzugesetzt worden sind.

Daraufhin wurde die Sitzung auf Mittwoch vormittag 9 1/2 Uhr verlegt. Am Montag nachmittag sowie am Dienstag und Mittwoch nächster Woche wird die Sitzung voraussichtlich ausfallen.

Vogts Aussagen im Tschekaprozess.

Schwere Belastung der SPD. — Proteste der Verteidiger — Margies läuft aus dem Gerichtssaal

BS. Leipzig, den 24. März 1925.

Am Dienstag vormittag wurde die Vernehmung des Landgerichtsdirektor Vogt fortgesetzt, der zunächst mitteilte, daß er, wenn irgend möglich, die Angeklagten bei ihrem Protokoll selbst habe diktiert lassen, um dem Vorwurf zu entgehen, daß die Protokolle nicht die Aussage der Angeklagten, sondern des Untersuchungsrichters darstellten. Sodann verlas der Zeuge eine Stelle aus einem Dokument, das im Landtag gefunden worden war, über Erziehung der Schiffsarbeiter und der Schiffahrtslinien, wo von der Bildung eines Sprengkommandos, von Hundertschaften, von Revolution und Sowjet-Deutschland die Rede ist.

R. A. Dr. Wolf erwidert, es handele sich im Falle der Schiffsarbeiter um ein Schriftstück, das einem Abgeordneten zugehört worden sei, und daß im großen und ganzen ein Phantasiewerk darstelle.

Der Zeuge fährt mit der Verlesung einer Broschüre: „Die Lehren der deutschen Ereignisse“ fort. Eine Reihe von Material, das bis in die letzte Zeit hinein beschlagnahmt wurde, habe der Überzeugung des Zeugen nach den Beweis erbracht, daß der OD. (Ordnungsdiens) zu einer militärischen Organisation ausgebildet werden sollte und wurde. Als Aufgabe wurde immer wieder „Zerlegung“, „M.-Dienst“ (Militärdienst), Verbindungsdiens und Beschaffung von Waffen angegeben. Als Grundsystem der Organisation war das sogenannte „Fünfersystem“ angegeben worden. Die Anweisungen hierzu pflegten von einer Zentralstelle aus Berlin auszugehen. Bei der Bildung von Stützpunkten u. a. Befreiung der Gefangenen aus der Haft als Aufgabe angegeben worden. Weiter ist es gefungen, den OD. größtenteils auszubilden. Auch dabei wurde Material gefunden, in dem von bewaffneten Aufständen und Betriebspionage gegen „Unternehmer, Katholiken und Sozialdemokraten“ die Rede ist. Ein weiteres Schriftstück

„Individualisierer oder nicht?“

enthält u. a. Aufgaben der Propaganda. Im zweiten Absatz heißt es: „Wir unterscheiden 1. Vorbereitungsperiode zum Bürgerkrieg, 2. Periode der Machtübernahme und 3. die Periode der Ausrottung aller Reste des alten Systems.“ Darunter wird die Ausrottung der Führer aufgeführt. Unter Berufung auf ein Schreiben von Lenin aus dem Jahre 1905, damit kein Zweifel entstehen kann, daß die Ausrottung der Führer nicht nur während des Kampfes geschehen kann, ist noch darauf hingewiesen, daß alle drei Perioden ineinander übergehen.

Protestaktion der Verteidiger.

R. A. Dr. Wolf erklärt, daß bis jetzt so ungeheures Material gebracht worden sei, daß er, sowie sein Kollege Herzfeld, sich überlegen würden, ob sie nicht die Verteidigung niederlegen müßten, wenn sie nicht einige Tage Zeit erhielten, dieses Material durchzusehen und Gegenbeweise ansetzen zu können. Er hat um eine Frist von drei Tagen zur Durcharbeitung.

R. A. Dr. Herzfeld beantragte, das Material zunächst einmal zu den Akten zu geben, damit es der Verteidigung zugänglich gemacht werden könne.

R. A. Dr. Wolf protestiert unter Berufung auf § 245 der Prozeßordnung gegen die Verlesung des Materials, nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß das Gericht sich erst schlüssig werden müsse, ob das Material hinterher in seiner Gesamtheit verlesen werden solle.

Rechtsanwalt Neumann erklärte hierzu, daß es sich bisher nur um die Beweismittel des Zeugen Vogt handele.

Nach einem abermaligen längeren Disput hat R. A. Dr. Wolf, schon jetzt für seine Person einen Offizialverteidiger bereit zu halten, da er außerstande sei, an der Verhandlung in der bisherigen Weise teilzunehmen.

R. A. Dr. Brandt beantragte hierauf die Verlesung des Materials.

R. A. Dr. Rosenfeld stellt einen Vermittlungsvorschlag auf folgender Grundlage: Das Ersuchen an den Zeugen, direktes Material aus seinen Akten zu vermeiden, nach Beendigung der Aussage Hinterlegung dieser Akten an Gerichtsstelle und Genehmigung einer kurzen Pause für die Verteidigung.

Unter Verkündung einer kurzen Pause von zehn Minuten zog sich der Gerichtshof hierauf seinerseits zur Beratung zurück.

Nach der Pause erklärte der Vorsitzende, daß der Antrag auf Verlesung der Akten abgelehnt worden sei. Es sollen zunächst die Urkunden von den Zeugen in der Aussage nur erwähnt werden und dann das Gesamtmaterial der Verteidigung zugänglich gemacht werden. Das Gericht wird sich dann noch schlüssig werden, inwieweit die Urkunden zur Verlesung gelangen sollen.

Der Ordnungsdienst der SPD.

Der Zeuge, Landgerichtsdirektor Vogt, fuhr dann in seiner Belastungsaussage fort und erklärte: „Die Instruktionen des OD. enthielten u. a. die Bestimmung, daß jeder Ordnungsdienstmann nach vier bis sechs Wochen firm sein müsse. In den Monatsberichten der zweiten, dritten und vierten Kompanie, die bei einem gewissen Strauß beschlagnahmt wurden, wird erwähnt, daß am 19. Oktober Marschübungen stattgefunden haben. Es wird weiter von Waffenverrätern und Waffenübungen berichtet. Allein der vierte Bezirk meldete folgenden umfangreichen Waffenbestand: Ein schweres Maschinengewehr, zwei leichte Maschinengewehre, 115 Gewehre und Karabiner, Modell 98, 7 Maschinengewehre mit 2892 Schuß Munition, 77 Pistolen 9 Millimeter, 228 Pistolen 7,15 Millimeter mit insgesamt 2362 Schuß Munition. Einer der gefundenen Tätigkeitsberichte verzeichnet weitere Übungen im Gewehrfeuern. Solches Material wurde in ganz Deutschland gefunden. Ein gewisser Stellberg wurde von Dortmund nach Berlin geschickt und dort verhaftet. Er hatte ähnliche Berichte bei sich. In diesen Akten wurde auch eine T-Gruppe genannt, deren Existenz von der SPD. immer bestritten worden ist. In den Akten Stellberg befindet sich auch ein Notizbuch, in dem die T-Gruppe als Terror-Gruppe ausgeführt ist. Alles dieses Material unterstützt die Aussagen Neumanns.“

Vogt über Poeges Aussagen.

Nunmehr ging der Zeuge auf die Aussagen Poeges über. Er führte u. a. aus: Nach Zeugenaussagen habe ich vernommen, daß Poege seine Aussagen zum Teil widerrufen hat. Er hat angegeben, nur unter dem Druck von Neumann gehandelt zu haben. Wenn ich bei der Untersuchung ihm vorhielt, Neumann habe seine, Poeges, Aussagen bestritten, hat Poege mir mehrmals zugegeben, daß er mich belog. Selbst der Angeklagte Margies hat zugegeben, daß von keiner Seite ein Druck auf ihn ausgeübt wurde.

In weiteren Verlauf seiner Zeugenaussage führte Landgerichtsdirektor Vogt aus, daß Poege sich ihm gegenüber gerühmt habe, daß er Hufe und Stobiewski aus Kassel geliebt habe. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hatte den Untersuchungsrichter Vogt in Berlin ersucht, Stobiewski, der gerne wissenschaftliche Bücher lese, andere Literatur, als die der Gefängnisbibliothek zur Verfügung zu stellen. Der Zeuge hat dann zugestimmt, daß Stobiewski sich Bücher durch die Gefängnisverwaltung in einer Stuttgarter Bucherei beschaffen ließ. Trotz dieses Entgegenkommens sei drei Tage später von Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld unter dem Schutze der Immunität als Abgeordneter zu Unrecht behauptet worden, daß er, Vogt, sich habe hinreichend lassen, die Angeklagten in heimlicher Weise zu drangsalieren. Ebenso sei behauptet worden, daß Maßlow wochenlang nicht vernommen worden sei. Das sei unrichtig. Erst nachdem Maßlow erklärt habe, daß er nicht mehr aussagen wolle, habe man von weiteren Vernehmungen abgesehen. Am 1. September war Dr. Rosenfeld bei Stobiewski und hat mit ihm gesprochen. Am 8. September wurde eine Eingabe gemacht, in der von geistiger und körperlicher Fesselung die Rede war. Der Direktor des Untersuchungsgefängnisses hat mir auf meine Anfrage mitgeteilt, daß Stobiewski durchaus zufrieden sei und daß ihm die Anschuldigungen der Verteidigung über schlechte Behandlung der Angeklagten unverständlich seien. Ueber die Fesselung sagt der Zeuge nichts aus.

Rechtsanwalt v. Bagnato betonte hierauf, daß schon die Fesselung eines Angeklagten bei der Vorführung eine unnötige Härte sei.

Auf Befragen erklärte sodann Stobiewski, daß er in seinen Freistunden gefesselt werden sollte, und daß er deshalb 3 bis 4 Monate lang auf seinen Ausgang freiwillig verzichtet habe. Er sei jedoch auch gefesselt vorgeführt worden.

Der Angeklagte Margies sagte aus, daß eine Verfügung erlassen worden sei, daß er und Stobiewski gefesselt werden müßten, sobald sie die Zelle verließen.

Nicht durch blendendes Gewand,

Sondern nur

durch Qualität bekannt!

JOSETTI

JUNO 3's Cigarette

NON UNION

Wie wird man interessant?

Von Frank Crane (New York)

Wächstest du gerne interessant sein? Ich will dir das Geheimnis sagen!

Da ist etwas um dich, das alle Welt wissen möchte, etwas, das jedermanns Interesse weckt.

Und das bist — du selbst!

Als Gott dich schuf, schuf er etwas, das von allen anderen Geschöpfen unterschieden ist. Es ist das, was die Persönlichkeit ausmacht. Es ist die Unterschiedenheit.

Kein Charakter, den du annehmen kannst, ist halb so anziehend wie dein wahres Ich.

Es fällt uns schwer, dies zu glauben, denn unser wahres Ich ist sehr empfindlich. Wir verbergen es instinktiv, wie etwas Schuldbeladenes. Wir schämen uns seiner wie unserer Haut. Fast alles, was wir Kultur nennen, hat ein sorgfältiges Verbergen unserer selbst bewirkt. Wenn einer seine wahre Seele in hochkultivierter Gesellschaft freimütig offenbaren wollte, er könnte wegen ungeziemender Entblößung verhaftet werden.

Die Schlechten verbergen ihre Laster gewissenhaft, und die Guten verbergen ihre Tugenden ebenso gewissenhaft. Wir lieben die Masken, Schleier, Verhüllungen und Verkleidungen. Das Leben ist ein Maskenspiel. Wer kennt seinen Nachbar? Wer seine Frau?

Um also interessant zu werden, Einfluß zu gewinnen und Lob zu ernten, leihen wir uns die Wesenszüge anderer.

Wir geben uns mit dem gleichen Eifer als diesen oder jenen, mit dem Kinder Papa und Mama oder Soldaten spielen.

Und in der Welt der Gebärde bezaubert derjenige, welcher die Kunst gemeistert hat, sich selbst zu offenbaren. Denn er ist von den anderen unterschieden.

Ja, selbst der Schauspieler, der lediglich Rollen spielt, ist nur im gleichen Maß erfolgreich, als es ihm gelingt, in all seinen Rollen das eigene Ich zu offenbaren. Ein Schauspieler ist niemals größer gemein, als er es als Mensch war. Wir wollten Kainz sehen, weil Kainz auch im Spiel Kainz war.

Eine Rolle zu spielen, ist ein Trick, wenngleich er sehr geschickt und vernünftig sein kann. Das eigene Ich zu offenbaren ist Kunst.

An einem Buche ist alles gut, was Autobiographisches durchsickern läßt. Ottobios Schlußreden am Glockenturm von Florenz sind unsterblich, weil sie persönlich sind. Individualität und Inspiration sind oft befallend.

Nichts ist so groß, so wundervoll, eigenartig und bezaubernd wie die Persönlichkeit.

Wie also kann ich mich völlig offenbaren?

Durch Hingabe an eine Sache. Im Aufgeben meiner selbst. In der Kunst (auch in der schwersten: in der Kunst, zu leben!) ist richtig, daß das Leben nur behalten wird, wer es verliert.

Du wirst bemerken, daß der Redner nicht eher Feuer aus dir schlägt und dich mit dem göttlichen Funken nicht eher entzündet, als bis er sich an sein Thema verloren hat. Keuchend beginnt ein Bild, eine Statue ein Kunststück nicht eher zu glücken, als bis ihre Schöpfer oder Empfänger sich selbst daran verloren haben.

Wir sehen den Schöpfer erst, wenn er sich selbst nicht mehr sieht. Ist er seiner noch bewußt, so erscheint er uns geziert und sticht uns ab.

Sehr junge Kinder sind interessant, weil sie nichts von sich selber wissen.

Und vollendete Meister sind es aus den gleichen Gründe. Die Schönheit am Anfang des Lebens ist gleich der Schönheit am Ende der Kunst.

Dies ist die seltsame Philosophie der Selbstlosigkeit. Wir beginnen zu erkennen, warum sie so göttlich ist. Sie ist es, weil wir nur in der Selbstlosigkeit, in der Entselbstung rein menschlich werden. Denn dann tritt die nackte Seele in Erscheinung, und die Seele ist über allen Dingen von himmlischer Schönheit.

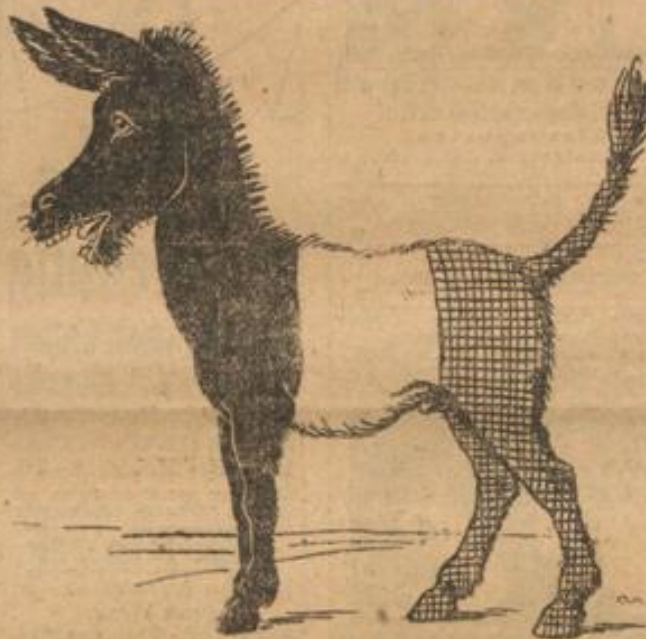
Zuletzt: Wenn du interessant sein willst, vergiß dich selbst.

Freie Bahn dem Flüchtigen!



Seht, da kommt der Held von Doorn und ER zieht Euch an den Ohr'n. Habt Ihr Jarres wählen müssen, dürft Ihr Ihn die Stiefel küssen.

Der „Reichsblock“-Wähler.



Ich bin ein Jarrefel. Ich schrei J-a!

300 Jahre Fieberthermometer.

Wenngleich bereits im Altertum die Körperwärme in den medizinischen Schriften Beachtung gefunden hat, so ist doch erst im Jahre 1625 das Fieberthermometer, das heute zu den wichtigsten Werkzeugen der ärztlichen Wissenschaft gehört, erfunden worden. Es war, wie Dr. Erich Ebslein in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ hervorhebt, Santorio Sanctorio, der vor 300 Jahren diese Methode in die Heilkunde einführt. Er bediente sich dazu des von Galilei erfundenen Luftthermometers, das er für ärztliche Zwecke abänderte. Im 18. Jahrhundert benutzte der große Venediger Arzt Boerhaave das von Fahrenheit verfertigte Thermoskop zum Messen der Körperwärme, und sein großer Schüler, der Dichter und Arzt Albrecht von Haller, erinnerte sich der Messungen seines Lehrers mit den Worten: „Oft hat er uns ermahnt, wir sollten doch ja mit diesem kleinen Instrument das Fieber untersuchen. Aber das Ungewöhnliche dieses Experimentes verurteilte denen, die nicht damit bekannt waren, großen Schrecken.“ Es hat seitdem noch ein volles Jahrhundert gedauert, bevor der allgemeine Widerstand gegen dieses Instrument überwunden wurde, und es waren zunächst nur sorgfältige Ärzte, die sich des Fieberthermometers bedienten. Der Wiener de Haen war der erste, der seine Thermometer zum klinischen Gebrauch regulierte, sie abkühlte, bevor er sie benutzte, zwei- bis dreimal täglich messen ließ und die Temperatur in Listen aufzeichnete. Auch Hufeland trat vor 100 Jahren eifrig für die Benutzung dieses wichtigen Mittels zur Erkenntnis der Krankheit ein, und zwar empfahl er, alle Beobachtungen nach dem Reaumur'schen Thermometer anzustellen. Von dem Generalarzt der napoleonischen Heere, von Parry, wird berichtet, daß er während des Feldzuges in Rußland vorn an seiner Uniform ein langes Thermometer trug, das er zu Messungen bei seinen Kranken benutzte. Französische Ärzte suchten das Thermometer dadurch einzuführen, daß sie es dem von Laennec seit 1818 verwendeten Hörrohr einfügten. Aber erst mit dem 18. Juni 1850 beginnt der eigentliche Siegeszug des Fieberthermometers. Durch einen Hinweis des großen Klinikers Traube veranlaßt, begann der Leipziger Arzt Wunderlich an diesem Tage systematische Temperaturmessungen durchzuführen, und ihm gelang es allmählich, alle Einwürfe gegen die Ausführbarkeit der Methode zu widerlegen. Seitdem gehört das Fieberthermometer zu den Werkzeugen, die der Arzt jederzeit zur Hand hat und die aus der Heilwissenschaft nicht mehr verschwinden werden.

Technik der Schlaghahne. In den Vereinigten Staaten ist die Eisohne ein im größten Maßstab hergestelltes Genussmittel. Dieses Erzeugnis gemeinsamer Arbeit von moderner Landwirtschaft und modernster Wärmetechnik wird voraussichtlich als „Rahmels“ im Sommer 1925 seinen Einzug in Deutschland halten, nachdem es sich schon seit einigen Jahren in England einen wichtigen Platz erobert hat. Man rührt mechanisch Rahm, Zucker, Gelatine, sterilisiert und läßt das Gemisch bei 2 Grad einen Tag stehen. Darauf werden die gemünzten aromatischen Stoffe, Schokolade usw., zugegeben, und nun kommt die Mischung in die Gefriermaschine, die bei 15 Grad unter Null arbeitet. Nach dem Erfrieren wird der Brei auf 30 Grad unter Null abgekühlt, wodurch er zu einer festen Masse wird, die bequem mit dem Messer geschnitten werden kann. Das Produkt wird bei -5 Grad aufbewahrt und in Kühlbehältern von der gleichen Temperatur verhandelt. Da die Anlagen ziemlich kostspielig sind — man schätzt sie auf 35 000 M. —, so kommt zunächst nur ein für eine Großstadt arbeitender Großbetrieb in Betracht.

Statistisches über Wien. In den letzten Wochen sind einige interessante statistische Daten über Wien erschienen, die den trotz der schweren Krisenzeit unerminderlichen Aufschwung sowie die Konsolidierung der österreichischen Bundeshauptstadt klar erkennen. Am 1. Januar 1923 zählte die Stadt Wien 1 863 328 Einwohner, wovon 1 006 290 weiblichen und 857 038 männlichen Geschlechtes sind. Nach der im Jahre 1923 durchgeführten Volkszählung hatte Wien 1 863 730 Einwohner. Inposant sind die Summen, die im Budget der Stadt Wien pro 1925 für den Sanitätsbetrieb veranschlagt wurden, der den Transport von Leichen sowie den Desinfektionsbetrieb befragt. Der Fuhrpark wurde in den letzten Jahren auf das Modernste ausgestaltet, jedoch fehlt 39 Kraftwagen, 2 Flugzeugwagen und 41 Pferdewagen zur Verfügung stehen. Im Jahre 1925 wird mit einer Fahrkilometerleistung von zirka 500 000 Kilometern gerechnet. Die ausgeworfenen Beträge belaufen sich auf rund 12 Milliarden Kronen.

Ich hatt' einen Kameraden.

Von Karl H. Ruhn, Würzburg.

Der Major Ruitpold Knäterich hatte einen großen Anhang im Offizierskorps seines Regiments. Er war klein, dürr, höflich, magertrank und kurzichtig. Sein einziges Verdienst bestand darin, daß er einmal über die öffentliche Meinung triumphiert hatte und im Reichstag vom Kriegsminister verteidigt worden war. Das gab diesem Scheusal in Offiziersuniform etwas wie von Berühmtheit. Sein Freund zu sein hieß also einen kleinen Strauß dieser Berühmtheit auf sich zu lenken. Der Fall Knäterich bestand darin, daß er den „langsamem Schritt“ mit Gewaltmitteln erzwang. Wer von der Mannschaft die Arie nicht durchdrücken konnte, dem wurden sie durchgedrückt, und zwar dadurch, daß der Patient nach dem Exerzieren in der Stube auf den Boden gelegt wurde. Ueber die ausgestreckten Beine legte man das sogenannte Puhbrett und ein anderer Soldat wurde kommandiert, sich so lange auf das Brett zu stellen, bis die Arie derartig durchgedrückt waren, daß kein leerer Raum mehr unter der Kniehöhle zu sehen war. Der Erfolg war glänzend. Deshalb versammelten auch die Angriffe einiger „roter Kerle“ im Reichstag, welche von dieser Prozedur Kenntnis erhalten hatten, an der Einsicht des Kriegsministers.

Im Regiments des Knäterich diente zur gleichen Zeit der Leutnant Damian Stuhel, den der Major im Verdacht hatte, daß er keine geistigen Arie nicht genügend vor ihm durchdrückte. Er beschloß deshalb ihn zu verderben. Zunächst isolierte er das Opfer innerhalb des Offizierskorps durch Andeutungen, die wohl verstanden wurden. „Stuhel habe seinen Beruf verfehlt, er denke nicht soldatisch, seine Unterhaltung würde zerfahrend auf die notwendige Subordination und er mache gesellschaftlich eine schlechte Figur.“ Bald sah sich Stuhel von allen verlassen, was ihn bitter schmerzte, da seine Bemühungen, sich die Kameraden als Freunde zu erhalten, wie an einer eisernen Mauer zerschellen. Dabei war der arme Stuhel geradezu vertriebt in seinen Soldatenberuf und besaß eine weiche, fast dichterische Seele. Ohne daß er irgendeinem seiner Kameraden jemals etwas angetan hätte, sah er sich langsam aber sicher geschnitten, versem und zerachtet, als ob er verdächtig gewesen sei, im Kasino silberne Löffel gestohlen zu haben. Bewußt und niederrützig hielt das ganze Offizierskorps gegen den Unglücklichen zusammen, weil ein Schwärze in Stabsoffiziersuniform das Signal dazu gegeben hatte. Wie eine Egar nach Galtsbuben über Bedienten!

An einem heißen Julitage — es war ein Sonnabend — schmitzen einige Referentoffiziere im Kasino eine Bowle zur Feier ihrer erlittenen Leistung. Man ließ deshalb nach dem Essen noch ein wenig

zusammen. Und dabei erlebte Damian Stuhel sein letztes Glück. Denn der Major Knäterich wurde bei dieser Gelegenheit einmal neid zu ihm, trank ihm wiederholt zu und fragte ihn beim Abschied, ob er heute noch Dienst hätte.

„Zu Befehl, Herr Major,“ antwortete Stuhel, „noch eine Stunde Unterricht von 4 bis 5 Uhr.“

„Na, dann lassen Sie sich die Bowle recht gut schmücken,“ rief der Major förmlich herausfordernd und so laut, daß die ganze Tafelrunde es hören konnte.

Und dann ging's los. Der neben Stuhel sitzende Oberleutnant Peter Kockkopf goß ihm sein Glas wiederholt aufmerksam voll und prostete ihn an. Das rührte den Leutnant tief, denn Kockkopf hatte ihn im letzten Jahre kaum eines Wortes gewürdigt und ihn wegen seiner Dienstverfehen wiederholt gemeldet — „angezeigt“ fogt man im bürgerlichen Leben. Dann wurde der Hauptmann Ludwig von Sedlweyer ganz zutraulich zu Damian Stuhel und daß, sich ein Bierstündchen neben ihn setzen zu dürfen. Dieser Herr von Sedlweyer war ein roher, in der kleinen Garnison verdauertes Kerl voll tüchtiger Gemeinheit gegen Mannschaft und untergebene Offiziere.

„Nach dieser Auszeichnung durch den Herrn Major können wir mal ein Gläschen über den Durst trinken, lieber Stuhel,“ grölte der schon halb betrunkenen Hauptmann.

Und der junge Offizier trank und trank aus Freude und Seligkeit, daß endlich das Eis der Feindschaft gebrochen war. Der Bataillonsadjutant Jakob Hamel schien auch ganz zufrieden über diese Wendung. Er lud den Glücklichen zu einer Extrastosse „Rathaus Müller“ (schwarze Marke zu 3,50 M.) ein.

Die Hitze im Saal wurde immer fürchterlicher. Damian Stuhel war der Mittelpunkt allgemeiner Verehrung geworden. Die Ordnanzen schlepten einen Sektübel nach dem anderen herbei. Ein Toast jagte den anderen... auf den Allerhöchsten Kriegsherrn... auf die Weiber... auf den König von Sachsen... auf die Pferde... auf den Großherzog von Mecklenburg-Strelitz... und auf ewige Kameradschaft, diesen eisernen Kitt in jeder Offiziersgemeinschaft! Immer mußte fest mitgetrunken werden, um nicht in den Geruch heimlicher „Demokratie“ zu geraten. Johlen und Gesächter, Schnäpfe und Zigarren, Hitze und Schweiß unter den engen Waffentrocken, Berräterei und Gemeinheiten in den Herzen, lauernde Blicke und allgemeine Befessenheit bildeten den Hintergrund zu dem lustigsten Späße, den der Major Ruitpold Knäterich famos inszeniert hatte.

Im drei Viertel auf vier schnallte sich Damian Stuhel auf dem Gange dem Degen um, bemerkte aber, daß er nicht mehr sicher auf den Beinen stand. „Um Gottes Willen, ich bin so betrunken,“ kiffte

er. Neben ihm mochte sich der Leutnant Heinrich Koker zu schaffen, Stuhels eigentlicher Lohseind im Regimente.

„Wacht nicht... Dienst vor allem... lieber Stuhel, ich begleite Sie... dann wird's schon gehen.“

Und sie schwantten beide durch das kleine Städtchen hinüber zum Kafertenhof. Die Kompanie lag im Freien im Halbdreis auf ihren Schemeln. Wertwürdigerweise erwarteten innerhalb des Halbdreises der Major Knäterich und der Kompaniechef, der Hauptmann Maximilian Schöfel, den jungen Unteroffizier. Sein Begleiter hatte sich verflüchtigt. Da fielen dem Leutnant Damian Stuhel die Schuppen von den Augen wie dem Sterbenden Hector während seines Kampfes mit dem Pallden.

Er hörte noch, wie Schöfel ihn anbrüllte:

„Herr... wie können Sie in einem solchen Zustande vor die Mannschaft treten!“

Leutnants Bosheit und sein unheilbarer Wagenkrebs grinsten ans Knäterichs verfallenen Jagen, als er dem Hauptmann befahl:

„Lassen Sie die Kompanie wegziehen, wir können hier keine besoffene Meute aufziehen! Ich erwarte Ihren Latbericht.“

Der taumelnde Stuhel legte keine Hand an die Wägel. Er wußte, daß alles aus war. Die Kehle war ihm wie zugeföhrt, aber er riß sich zusammen und rief, selbst im Rausch noch ein lapidarer Bursche:

„Herr Major... gestalten eine Frage... haben Herr Major mit Absicht... mich... betrunken machen lassen... um mir eine Folge zu stellen...?“

„Ich werde Sie auf der Stelle festnehmen lassen,“ entgegnete Knäterich mit eisiger Ruhe, während Schöfel so tat, als ob er sich auf den Leutnant stürzen wollte. Dieser fuhr mit der Hand an den Degen. Aber der alte, biedere Feldwebel Welfsch fiel dem Offizier in den Arm:

„Herr Leutnant, machen Sie sich nicht unglücklich... das ist ja ein Saufstall...!“

So endete Knäterichs letzte Puhbrettgeschichte, denn bald darauf holte ihn der Teufel, und zwar von Rechts wegen. Aber sein Geist lebte weiter im Regimente. Nach dem Abgang des unglücklichen Damian Stuhel stürzte sich die Meute auf einen anderen mißliebigen Offizier, bis endlich dem kommandierenden General die Sache zu dumm wurde und er durch ein Ehrengericht die gemeinsamen Fallsteller und rohsten Ränkel durch schlichten Wächsch aus dem Regimente hinauswerfen ließ.

Damit wurden freilich die verpöhlten Griffsenzen des Damian Stuhel und seiner Nachfolger im Unglück nicht wieder ins Lot gebracht. Aber dafür konnte natürlich die Gyllenzug nicht auch noch sorgen.

